

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Juli 1930

Int. Ins. Itaut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Nach 16 Jahren.

~~Eine~~ zeitgemässe Betrachtung zum Kriegsausbruch.

SPD. Sechzehn Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges erleben wir in Deutschland einen Höhepunkt des Nationalsozialismus. Sechzehn Jahre nach dem Krieg von 70/71 erhob sich in Frankreich unter dem General Bou langer eine nationalsozialistische Welle, die ernsthaft die französische Republik bedrohte und um ein Haar schon damals zu einem neuen Krieg geführt hätte. Jedenfalls lieferte das Revanchegeschrei des französischen Generals Wasser auf die Mühlen des deutschen Nationalismus, der sich in den Kartellwahlen von 1887 hemmungslos austobt

Ist diese Parallele ein Zufall, oder liegt ein gewisses Gesetz vor, wonach etwa fünfzehn Jahre nach einem Kriege die nationalistische Flut wiederum ansteigen muss? Wir erinnern an eine alte Sage: Im Gudrunlied kommt es nach Entführung der Gudrun zu einer erbitterten Schlacht zwischen den Räufern und den nachsetzenden Hegelingen, wobei deren König und die meisten seiner Getreuen fallen. Nunmehr raten die Führer der Hegelinge, die "Revanche", hier die Befreiung der Gudrun, um vierzehn Jahre aufzuschieben, bis die neue Jugend die Lücken der Erschlagenen fülle.

Nach vierzehn bis sechzehn Jahren ist eine neue Generation aufgewachsen, darin liegt zum grossen Teil des Rätsels Lösung. Machen wir uns folgendes klar: Alle, die nach 1900 geboren, das heisst jetzt unter 30 Jahren alt sind, verbinden mit dem Weltkriege entweder gar keine oder nur Kindheitserinnerungen. Der 1901 Geborene war bei Kriegsausbruch 13, bei Kriegsende 17 Jahre alt; als Erwachsener hat er nur nach dem Kriege gelebt. Die jetzt ins wahlmündige Alter von 20 Jahren Tretenden waren bei Kriegsausbruch 4, bei Kriegsende 8 Jahre alt, sie können nur ganz unklare Erinnerungen an jene Zeit haben. Alles unter 20 Jahren ist ausgesprochene Nachkriegsgeneration.

Nun muss man, um die politische Situation Deutschlands zu begreifen, vom Weltkrieg und seinem unglücklichen Ausgang ausgehen. Es ist klar, dass die Generation, die diese Ereignisse persönlich miterlebt hat, ihre tragische Bedeutung in ganz anderer Weise heute noch im Bewusstsein hat als die Jungen, für die der Weltkrieg Lektüre, Kinofilm, kurzum Schilderung aus zweiter Hand bedeutet.

Was aber ist heute Kriegsteilnehmergeneration? Man muss sich einmal eine Tagung des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen ansehen. Die Kriegsbeschädigten von heute sind Männer im gesetzten Alter, die Kriegswitwen - man nehme uns diese Feststellung nicht übel - zum guten Teil schon würdige Matronen. Die Jugend von 1914 ist eben heute keine Jugend mehr, sondern die ältere, damit auch einsichtigere Generation. Aber tonangebend in der Öffentlichkeit, wie das nun einmal nur die Jugend ist, sind die Kriegsteilnehmer längst nicht mehr. Ihrem Hinweis, dass sie es gewesen sind, die in erster Linie Leiden und Lasten des Krieges getragen haben, begegnet man mit zurückweisender Kühle. Vergangene Opfer werfen keinen gegenwärtigen Nutzen mehr

ab! Bezeichnend dafür ist, dass das Kabinett Brüning wagen kann, die Versorgungsrechte der Kriegsteilnehmer erheblich einzuschränken, ohne dass ausserhalb des betroffenen Kreises die Öffentlichkeit sich rührt. Der deutsche Spieser ist innerlich vielmehr froh, wenn der Kreis dieser "lästigen Renteneempfänger" möglichst eingeschränkt wird.

Ähnlich denkt auch die Nachkriegsjugend, die viel schwerer als die Kriegsteilnehmergeneration begreift, warum sie Lasten und Opfer für ein geschichtliches Ereignis mittragen soll, von dem sie nur vom Hörensagen weiss. Das ist der psychologische Untergrund der nationalistischen Welle in der neuen Generation: einmal kennt sie die Wirklichkeit des Krieges nicht mehr, sie nimmt deswegen Kriegshetze und Gefahr eines neuen Krieges auf die leichte Achsel. Sodann aber wirkt sich die allgemeine Denkart einer jungen Generation aus, die von den Vätern gern ein Erbe, aber höchst ungern einzulösende Verpflichtungen übernimmt. Die Kriegsteilnehmer, die das zerstörte Nordfrankreich mit eigenen Augen gesehen haben, begreifen den Sinn der Reparationen sicher leichter als die Nachkriegsjugend, für die das Schall und Rauch ist.

Aus solchen seelischen Grundtatsachen schöpft der Nationalsozialismus seine Hauptkraft. Gestützt auf die mangelnde persönliche Erfahrung der heutigen Jugend verzerrt er dieser das Bild der Kriegsursachen, des Krieges wie des Kriegsendes, um dann die Empörung der jungen Leute zu entflammen darüber, dass sie für Dinge mittragen und mitleiden müssen, an denen - nach nationalsozialistischer Lehre - nur "die anderen" schuld sind, teils die Feinde und teils der berühmte "Betrug und Verrat" der Frickschen Schulgebete.

Diese Quelle der nationalistischen Hetze erkennen, heisst aber gleichzeitig, auch ein wichtiges Mittel der Abwehr finden. Zunächst hilft alles Toben gegen eine unangenehme Vergangenheit nicht um die harte Tatsache herum, dass die Tatsachen des verlorenen Kriegs nun einmal da sind und fortwirken. Da der Nationalsozialismus sie eben so wenig beseitigen kann, wie seinerzeit in Frankreich der Boulangismus Sedan und Metz aus der Welt schaffen konnte, so liegt schon hierin sein Schicksal vorgezeichnet, über blosser Agitation nicht hinauszukommen. Immerhin wäre es schlimm genug, wenn die auf Unwissenheit gestützte Hetze auch nur vorübergehenden Einfluss auf die deutsche Politik gewinnen würde. Deshalb bleibt es eine wichtige Verpflichtung, die Erinnerung an die Wirklichkeit des Krieges wachzuhalten. Wir meinen damit nicht nur die Wirklichkeit des Schlachtfeldes und der hungernden Heimat. Wir meinen ebenso sehr die Wirklichkeit jener unfähigen wilhelminischen Diplomatie, die Deutschland in einen Krieg gegen ungeheure Übermacht hineinschliddern liess und, statt die Gefahr zu bannen, von "Nibelungentreue" phantasierte. Wir meinen die Wirklichkeit jenes aufgeblähten Militarismus, der aus "strategischen Notwendigkeiten" nach dem Motto "Hier werden Kriegserklärungen angenommen" die halbe uns feindliche Welt in eine ganze Feindeswelt verwandelte. Wir meinen die Wirklichkeit der Verletzung der belgischen Neutralität, des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, der Deportation der Zivilbevölkerung, der Zeppelinbombardements auf unverteidigte Städte und all der militärischen Massnahmen, die den glühenden Hass aller Kulturländer gegen Deutschland heraufbeschworen. Wir meinen die Wirklichkeit der militärischen und politischen Diktatur Ludendorffs, dieses sturen Nichts-als-Militärs, dessen politische Vorstellungswelt durch seine Nachkriegsschriften als blanker Aberwitz enthüllt worden ist. Wir meinen die Wirklichkeit der Kriegswucherer und Kriegsschieber, die sich in der allgemeinen Not bereicherten während ein Helfferrich die Besteuerung der Kriegsgewinne ablehnte und - Prophet wider Willen - vom "Bleigewicht der Milliarden" sprach, das die Besiegten einst am Fusse schleppen sollten!

Die zeitliche Distanz zu den Ereignissen wächst von Jahr zu Jahr. Nur wenn wir unermüdlich die Erinnerung an die Wirklichkeit wach halten, können wir erwarten, dass auch die neue Generation aus Ereignissen, die sie nicht selber erlebt hat, richtige Folgerungen zieht.

SPD. Itzehoe, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Mühlenbesitzer in der Provinz Schleswig-Holstein versuchen in letzter Zeit immer wieder, ihre Arbeitnehmer den freien Gewerkschaften abtrünnig zu machen und sie in der "Deutschen Hilfe", einer angeblichen Gewerkschaft, zu organisieren. Die finanziellen Stützen dieser "Gewerkschaft" sind die Arbeitgeber, wie sich in einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht einwandfrei ergab.

In einer Streitsache mehrerer freigewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer der Firma Siemen Söhne in Langmargareten wurde von der beklagten Firma die Zugehörigkeit eines Arbeiters zur freien Gewerkschaft bestritten und behauptet, der Arbeiter sei Mitglied der "Deutschen Hilfe". Als Beweis führte die beklagte Firma an, dass sie für den Arbeiter seit langer Zeit die Beiträge an die "Deutsche Hilfe" abführe und er deshalb auch Mitglied dieser "Organisation" sein müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob denn die Arbeitgeber allgemein die Beiträge zahlen, liess die beklagte Firma erklären, dass man die Beiträge der Einfachheit halber zahle, dann aber auch, weil der Kläger Analphabet sei. Diese Äusserung führte zu der Feststellung, dass der Kläger sein Verbandsbuch mit seinem vollen Namen selbst unterzeichnet hat und nicht Analphabet ist. Der Vertreter der beklagten Firma kam nach diesen unfreiwilligen Enthüllungen in Verlegenheit und erkannte schliesslich die Mitgliedschaft des Arbeiters bei der freien Gewerkschaft an.

Der Vorfall zeigt den wahren Charakter der Gewerkschaft "Deutsche Hilfe" und ist angesichts der zurzeit im Reichsarbeitsministerium schwebenden Verhandlungen über die Frage der Tariffähigkeit der "Deutschen Hilfe" von besonderer Bedeutung. Die "Deutsche Hilfe" ist eine tarifunwürdige Organisation, soweit man hier von einer Organisation überhaupt reden kann.

SPD. Der Parteiausschuss der Demokratischen Partei hat am Mittwoch nach einer mehrstündigen Debatte beschlossen, die Demokratische Partei zu Grabe zu tragen und sie als "Deutsche Staatspartei" wieder auferstehen zu lassen. Er nahm folgende Entschliessung an:

"Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung."

Von den annähernd 100 Mitgliedern des Ausschusses stimmten nur 4 gegen die Entschliessung. Danach war auch die Diskussion, die dem Beschluss vorausging: Eintönig, langweilig, ohne jeden Elan. Man debattierte, wie eben eine Partei debattiert, die nicht erst seit gestern den Todeskeim in sich trägt und die auf kurz oder lang auch ohne besonderes Todesurteil der zuständigen Instanzen das Zeitliche gesegnet hätte. Aus dieser Erkenntnis heraus schritt der Vorsitzende dieser Partei Koch-Weser zu seinem "Staatsstreich" gegen die eigene Organisation und die gleiche Erkenntnis war es, die im demokratischen Parteiausschuss fast ohne jeden Widerspruch zur Annahme der obigen Entschliessung führte. Niemand war in der Lage Wege zu weisen, die zur Wiederbelebung des schon im Erstarrungszustande befindlichen Parteikörpers hätten führen können. So beschloss man, das Morsche zu Grabe zu tragen, den Rest zu organisieren und ihn der "Deutschen Staatspartei" zur Verfügung zu stellen. Eine einst grosse und hoffnungsvolle Partei hat damit ihr Leben ausgehaucht. Sie ging zu Grunde an der Ideenlosigkeit und der Unentschlossenheit ihrer Führer, die jetzt an der Spitze der "Deutschen Staatspartei" stehen.

Wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, ist Professor Dr. Rothenbücher, ein Staatsrechtslehrer von Weltruf und angesehenes Mitglied der Demokratischen Partei, vor etwa 10 Tagen aus der inzwischen beerdigten Demokratischen Partei

ausgetreten. Professor Dr. Rothenbücher begründete seinen Austritt damit, dass er aus verfassungsrechtlichen Gründen das Vorgehen der Demokratischen Partei in der Frage der Anwendung des Artikels 48 nicht decken könne und daher die Trennung von dieser Partei vollziehen müsse.

SPD. Paris, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Mittwoch-Ausgabe des "Intransigeant" stellt Arbeitsminister Pierre Laval über den Streik im nördlichen Industrieviertel fest, dass es gegenwärtig im ganzen Lande etwa 80 000 Streikende gebe. Die Streikbewegung richte sich nicht gegen die Einführung der Sozialversicherung. In den meisten Fällen sei das Gesetz lediglich der Vorwand für Lohnkämpfe, die auch ohne Sozialversicherungsgesetz ausgebrochen wären. Unglücklicherweise sei die Mehrbelastung der Arbeiter durch die Sozialversicherungsabgaben zusammengefallen mit einer allgemeinen Preissteigerung. Ausserdem sei das Sozialversicherungsgesetz so beschaffen, dass es den Arbeitern während der ersten drei Monate lediglich Lasten auferlege, ohne irgend welche Vorteile zu bringen. Die Erscheinung, dass die Einführung von Sozialversicherungsgesetzen starke Erschütterungen in der Arbeiterschaft hervorrufe, stehe nicht vereinzelt da. In den meisten Ländern hätten ähnliche Reformen vier bis fünf Arbeitsministern das Amt gekostet. Seit der Einführung des Gesetzes seien insgesamt 150 000 Arbeiter in den Streik getreten. 70 000 hätten die Arbeit inzwischen wieder aufgenommen.

SPD. Am 14. August beginnt in Altona der Prozess gegen die Bombenattentäter. Die Landvolkbewegung rüstet bereits eifrig zu diesem Prozess und plant grosse Dinge.

Die Führer der Bewegung gedenken im Verein mit ihren Rechtsbeiständen die Zeit des Prozesses zu einer grossangelegten Agitation und zu grossen Kundgebungen auszunutzen. Zu diesem Zweck haben in den letzten Wochen in Schleswig-Holstein eine Reihe von Vertrauensmännerversammlungen der Landvolkbewegung stattgefunden, an denen neben dem Verteidiger Dr. Luetgebrune der Bombenleger von Salomon, Redakteure der Landvolkzeitung und andere der auf freiem Fuss befindlichen Verbrecher teilnahmen. Man beschloss, die Verteidigung während des Bombenlegerprozesses durch Bauernkundgebungen weitester Kreise zu unterstützen. In der ganzen Provinz sollen grosse Demonstrationen veranstaltet werden. Das Ziel der bereits in allen Einzelheiten vorbereiteten Aktionen ist, das Gericht einzuschüchtern und die Verhandlungen so zu beeinflussen, dass der Landvolkbewegung und ihren Zielen daraus gewisse Vorteile erwachsen. Den Angeklagten ist zur Pflicht gemacht, die Verhandlungen selbst propagandistisch für die Zwecke der Landvolkbewegung auszuwerten. Die Propaganda soll schliesslich auch auf die an Schleswig-Holstein grenzenden Landesteile ausgedehnt werden. Nur in Altona beabsichtigt man während der Verhandlung Ruhe herrschen zu lassen, da mit grossen Polizeiaufgeboten gerechnet wird. Der Tag der Urteilsverkündung - man rechnet mit sehr milden Urteilen - soll durch grosse Kundgebungen, in deren Verlauf Holzstösse angezündet werden, begangen werden. Die Führer der Landvolk-Bewegung waren sich bei allen in letzter Zeit geführten Besprechungen darüber klar, dass zur Durchführung der geplanten Aktionen Geld gehört. Die anwesenden Vertrauensmänner wurden deshalb aufgefordert, mit allen Kräften dafür zu sorgen, dass der Verteidigung und den Angeklagten von den Anhängern und Freunden der Bewegung reichlich Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Zusammenhang ist es von einem gewissen Interesse, dass zwischen der NSDAP und der Landvolkbewegung schon seit einiger Zeit enge Fäden geknüpft werden. Der Führer der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein,

der Abg. Lohse, hat mit dem Hauptschriftleiter der Landvolkzeitung Kühl und einigen Vertrauensleuten der Landvolkbewegung wiederholt Besprechungen geführt, in denen die Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkbewegung und NSDAP besprochen und schliesslich auch verabredet wurden. Es ist deshalb auch selbstverständlich, dass die NSDAP mit dem Landvolk gemeinsam versuchen wird, den Bombenlegerprozess für sich agitatorisch im Wahlkampf auszunutzen.

SPD. Paris, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Stadt Lyon wurden in der Nacht zum Mittwoch die mit grosser Reklame angekündigten Luftmanöver durchgeführt. Während der ganzen Nacht griffen ununterbrochen "feindliche" Geschwader die Stadt an, deren gesamte Bevölkerung alarmiert war. Die Feuerwehr, die Stadtpolizei, Gendarmerie und Militär hielten die Ordnung aufrecht. Nach dem Kommuniqué der Manöverleitung hat alles vorzüglich geklappt. Die meisten angreifenden Flugzeuge seien durch Scheinwerfer ausfindig gemacht und durch die Abwehrbatterien mit Farb-Bomben angeschossen worden.

Immerhin geben selbst so rechtsstehende Blätter wie der "Intransigent", wenn auch in verhüllter Form, der Meinung Ausdruck, dass die Versuche der Beschiessung von Lyon lediglich als nicht ernst zu nehmende Spielerei zu betrachten seien. Die "angreifenden" Geschwader seien lediglich in 1500 bis 1800 Meter Höhe geflogen, so dass sie nicht über den Bereich der Abwehrbatterien gekommen seien. Gegen den Angriff eines grossen Geschwaders von Bombenwerferflugzeugen, das 3000 oder mehr Meter hoch fliege, sei auch heute noch kein Kraut gewachsen.

SPD. Angora, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Die persische Regierung liess in Angora eine Note überreichen, in der sie für den Einbruch türkischer Truppen in persisches Gebiet Schadenersatz fordert. Die Türkei hat dieses Ansinnen abgelehnt und die persische Regierung aufgefordert, in den persischen Grenzgebieten endlich wieder Ruhe und Ordnung herzustellen. Im anderen Falle behalte sich die türkische Regierung jede Handlungsfreiheit vor.

SPD. Die am Mittwoch auf Anregung des Führers der Deutschen Volkspartei stattgefundenen Besprechungen mit Vertretern der Konservativen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Staatspartei usw. sind insofern negativ verlaufen, als die in Vorschlag gebrachte Fusion dieser Parteien bis auf die Deutsche Volkspartei von allen anderen an den Besprechungen beteiligten Organisationsvertretern abgelehnt wurde. Man versuchte dann in anderer Beziehung zu einer "Verständigung" zu kommen und erkor zu diesem Zweck die Finanzreform als Handelsobjekt. Sollte sich bei diesem Handel eine Verständigung ergeben, dann soll die "Einigung" in einem Wahlauf Ruf zum Ausdruck gebracht werden. Ferner ist beabsichtigt, dass sich die zur "Behebung der Finanzkrise" zusammengefundenen Parteien im neuen Reichstag zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigen. Zunächst soll der in Aussicht genommene Aufruf im Entwurf fertiggestellt werden. Dann will man im einzelnen Erwägungen darüber anstellen, ob eine Gemeinsamkeit der Auffassungen erreicht werden kann.

Der "Demokratische Zeitungsdienst" bemerkt zu den Verhandlungen: "In demokratischen Kreisen besteht die Auffassung, dass in diesem Zusammenhang auch über andere Fragen eine Einigung herbeigeführt werden muss, u.a. auch darüber, dass eine Hinzuziehung der rechtsradikalen Elemente zu einer neuen Reichsregierung von vornherein als ausgeschlossen zu gelten hat."

SPD. München, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Die bayerische Rumpfregierung glaubt jetzt den Dreh gefunden zu haben, wie sie die von der Mehrheit des Landtags abgelehnte Schlachtsteuer nun doch noch auf Umwegen durchsetzen kann. Sie hat dem Landtag einen neuen Entwurf eines Finanzgesetzes vorgelegt, in dem die seinerzeit abgelehnte Schlachtsteuer mit eingebaut ist. Die Regierung bedarf zur Durchführung dieses Gesetzes einer Ermächtigung des Landtages. Es ist aber anzunehmen, dass die Landtagsmehrheit auch einer solchen Ermächtigung die Zustimmung versagt.

SPD. Der Reichskanzler hat vor dem erweiterten Parteivorstand des Zentrums versucht, die Politik seiner Regierung zu verteidigen. Ein Satz seiner Rede verdient deshalb besonders festgehalten zu werden, weil das Zentrum dauernd Klage über die "Demagogie" führt, mit der die Sozialdemokratie den Wahlkampf angeblich betreibt. Brüning hat folgenden Ausspruch getan:

"Das Kabinett Müller hat den Panzerkreuzer gebaut und für die Kinderspeisung nichts in den Etat eingesetzt. Diese Dinge ins Gedächtnis zurückzuführen, wird unser aller Aufgabe sein."

Was ist richtig? Den Panzerkreuzer hat das Kabinett Müller als Erbschaft von der vorhergehenden Regierung übernommen, die von einem Zentrumskanzler, nämlich Herrn Marx, geführt worden ist. Ausserdem ist bekannt, dass die Sozialdemokratie im Reichstag stets gegen den Bau des Panzerkreuzers gestimmt hat.

Was nun die Kinderspeisung anlangt, so ist Herr Brüning offenbar von seinem Gedächtnis verlassen worden. Nicht das Kabinett Hermann Müller hat sich gegen die Einsetzung der Kinderspeisung in den Etat gestimmt. Auch diese Sünde hat ein Kabinett unter Führung des Zentrums begangen und zwar das Kabinett Marx

Im Jahre 1927 hat die Reichsregierung Marx durch den Mund des zum Zentrum zählenden Finanzministers Köhler erklärt, dass die Kinderspeisung keine Aufgabe des Reiches sondern Sache der Länder und Gemeinden sei. Im Reichsetat dürften darum keine Mittel dafür ausgeworfen werden. Wenn es damals trotzdem gelungen ist, nochmals 4 Millionen für Zwecke der Kinderspeisung in den Etat einzusetzen so ist das nur der Sozialdemokratie zu verdanken. Auf Wunsch der bürgerlichen Parteien erhielt der Ausgabeansatz für Kinderspeisung im Etat damals den Vermerk, dass dies "der letzte Beitrag des Reichs zu den Kosten der Länder und Gemeinden für die Kinderspeisung" sei. Im Etat 1928, für den noch die Regierung Marx verantwortlich war, sind infolgedessen weitere Beträge für die Kinderspeisung nicht mehr zur Verfügung gestellt worden. Aber trotz der grossen finanziellen Not, die bei der Verabschiedung des Etats für 1929 bestand, hat auf Antrag der Sozialdemokratie das Kabinett Hermann Müller aus Reichsmitteln 4 Millionen Mark für Kinderspeisungen verteilt. Bei der Überweisung der Mittel an die Länder ist vom Reich bestimmt worden, dass die Reichsmittel nicht mehr als ein Drittel der für Kinderspeisungszwecke überhaupt aufgewendeten Mittel ausmachen dürfen. Durch diese Bestimmung der Regierung Müller sind im Jahre 1929 insgesamt 12 Millionen Mark für Zwecke der Kinderspeisung aufgewendet worden.

Und was hat die Regierung Brüning für die Kinderspeisungen getan? Sie war bereit, die Mittel zum Bau eines Panzerkreuzers B zur Verfügung zu stellen und sich damit einem sinnlosen, auf Bestellung erfolgten Beschluss des Reichsrats zu fügen. Um ihr schlechtes Gewissen gleichzeitig einigermaßen zu beruhigen, setzte sie in den Etat des Reichsarbeitsministeriums einen einmaligen Betrag von 1 Million Mark zum Zwecke der Kinderspeisung ein. Dadurch wurde nach dem Haushaltsrecht die Verausgabung von Mitteln für die Kinderspeisung aus anderen Titeln unmöglich gemacht. So wurden die Mittel des Reichs für die Kinderspeisung auf den vierten Teil des bisherigen Standes herabgedrückt. Zu gleicher Zeit aber zeigte sich die Regierung bereit, für den Panzerkreuzer B rund

80 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Man stelle mit diesen Tatsachen die obigen Behauptungen des Herrn Brüning vor dem erweiterten Parteivorstand des Zentrums in Vergleich! Es wird sich dann ohne weiteres ergeben, wo Demagogie getrieben wird.

SPD. Essen, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat am Mittwoch auf seiner Delegiertenkonferenz in Essen die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes Nordwest zur Klärung der Tarifffrage abgelehnt, da nur ein ganz geringer Teil der Belegschaften davon einen Vorteil habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Schlichter angerufen werden.

Die Rheinischen Stahlwerke entlassen auf ihrer Zeche Ahrenberg Fortsetzung 350 Bergarbeiter. Die Zeche Baldur in Holsterhausen entlässt 100 Arbeiter.

SPD. Paris, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Das Opfer einer seltsamen Leidenschaft wurde ein 44 jähriger Steinmetz in Poitiers. Der Steinmetz hatte die Gewohnheit, in seinen freien Stunden die Felder rund um die Stadt abzusuchen und Schlangen zu fangen. Irgendwo hatte er die Methode, Schlangen zu hypnotisieren, erlernt. Die so gebändigten Schlangen tötete er, zog ihnen die Haut ab und verkaufte sie. Am Dienstag nachmittag fand er in der Nähe der Stadt eine rote Viper, die er ebenfalls hypnotisierte. Später erwachte die Schlange jedoch aus ihrem Schlaf und biss den Steinmetz in den Arm. Er starb wenige Minuten später, ohne dass Hilfe möglich war.

SPD. Mit Rücksicht auf die Dauer des Landvolk-Prozesses in Jtzehoe ist der Termin des Prozesses gegen die Bombenattentäter auf Dienstag, den 26. August, vormittags 10 Uhr, verschoben worden. Der Prozess findet vor dem Schwurgericht in Altona statt.

SPD. Essen, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor dem Arbeitsgericht in Essen wurde am Mittwoch entschieden, dass die durch die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes am 17. Juli ausgesprochene Kündigung der Mindestgehälter für die technischen Angestellten zum 30. Juni rechtsunwirksam ist. Die tariflichen Mindestgehälter, wie sie seit dem 1. Juli 1929 in Kraft sind, bleiben unverändert weiter bestehen. Der Streitwert wurde vom Arbeitsgericht auf 6 500 Mark festgesetzt.

SPD. Washington, 30. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes William Green hat am Mittwoch eine Erklärung veröffentlicht, in der er sich in dem Einfuhrkonflikt zwischen Amerika und Russland den einlenkenden Standpunkt des Weissen Hauses zu eigen macht und das von dem Vizepräsidenten des Gewerkschaftsbundes geforderte allgemeine Einfuhrverbot für Sowjetprodukte ablehnt. Green stellt zugleich fest, dass nur er autorisiert sei, im Namen der organisierten amerikanischen Arbeiterschaft zu sprechen. Das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsbundes werde die zwischen Amerika und der Sowjetunion bestehenden Differenzen in einer am 4. September in Atlantic City stattfindenden Sitzung überprüfen und seine künftige Haltung zu den amerikanisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen festlegen.

Aus aller Welt

Hollywood in Sittlichkeitsflammen.

Skandal um Marlene Dietrich. - Die Hausfrauenvereine rettendie Sittlichkeit Muckerboykott.-Frau Sternberg im Hintergrund.-Die Edelstatisten haben ihre Sorgen.....!

SPD. New York, 30. Juli (Eig. Ber.)

Hollywood, das Paradies der Filmstars, in dem die Welt zur Kulisse und die Kulisse zur Welt wird, hat seine grosse Sensation. In den Cafés, in denen sich die Edelstatisterie mit den Regisseuren der dritten Klasse zu treffen pflegt, hat man das gleiche, mit pikanten Details gespickte Thema wie in den mondänen Lokalen der beneideten Filmprominenz. Was ist mit Marlene Dietrich, die "von Kopf bis Fuss" auf Liebe und auf amerikanischen Tonfilm eingestellt ist? Hat sie tatsächlich die Sittlichkeit von USA so schändlich erschüttert? Ist wirklich die vielgepriesene Unschuld der braven Bürgergirls durch die rasige Marlene und ihre schlanken Beine gefährdet? Darüber zerbricht man sich in Hollywood die Köpfe, da man zurzeit keine wichtigeren Sorgen hat. Denn kaum glaublich, aber wahr: die Intimitäten bekannter Schauspieler und Schauspielerinnen sind für Tausende in dieser Filmstadt, die wartend am Wege stehen, das einzige Gesprächsthema, das sie in Ekstase bringen kann. Und wenn dann am Abend irgendein kleiner Mann aus den grossen Ateliers der noch grösseren Filmtrusts eilig gelaufen kommt und von der neusten Liebschaft der Dame Lya oder der Madame Marlene berichtet, so spitzt alles, von brennender Neugierde ergriffen, die Ohren. Aber von diesem betrüblichen Kleinstadtniveau des Hollywooder Geschmacks abgesehen, ist die "Affäre" Marlene Dietrichs, die im "Blauen Engel" gemeinsam mit Emil Jannings einen ungewöhnlich starken künstlerischen Erfolg gehabt hat, ein sehr bezeichnendes Sittengemälde der verlogenen amerikanischen Hintertreppemoral. - -

+

Als Marlene Dietrich ihr Engagement in Hollywood antrat, erregte die etwas excentrische Schauspielerin zuerst allgemeines Aufsehen, das sofort einer gewissen Misstimmung Platz machte, angeblich, weil sich die Künstlerin "zu frei benähme". Die amerikanischen Frauenvereine, von Kopf bis Fuss auf Sittlichkeit eingestellt, markierten stürmische Empörung und begannen so etwas wie einen Boykottfeldzug gegen die Künstlerin, um ihr das weitere Filmen zur Unmöglichkeit zu machen. In einer amerikanischen Zeitschrift, die sich durch eine besonders muckrige Tonart auszeichnet, vergoss eine ausgewachsene "Dame der Gesellschaft" zahllose Druckerschwärzetränen über das "ungezügeltere" Auftreten der Dietrich und forderte am Schluss ihres moralischen Aufschreis mehr oder weniger unverblümt dazu auf, die Filme, in denen die Künstlerin in tragenden Rollen mitspielt, auszupfeifen. Die amerikanischen Filmgesellschaften haben vor nichts so viel Respekt, wie vor der Meinung jener dunklen Elemente, die in Amerika die "öffentliche Meinung" machen. Auch die "Paramount", für die Marlene Dietrich verpflichtet ist, wurde von panischem Schrecken ergriffen und setzte schleunigst die Schauspielerin von der "Paramount-Parade" ab. Die grosse Künstlerin, dem hysterischen Geschrei der amerikanischen Sittlichkeitsdamen zum Opfer gefallen, ist augenblicklich beschäftigungslos und beabsichtigt, nach Paris zu gehen, und dort zu filmen. Jedenfalls hat das amerikanische Banausentum unsympathischer Prägung einen neuen Erfolg errungen, auf den man in USA allerdings alles andere als stolz zu sein braucht.

+

Aber die Sache mit Marlene Dietrich hat noch einen anderen Hintergrund, der ja für die amerikanische Boulevard- und Sensationspresse viel interessanter ist, als die Sittlichkeitslitaneien der weiblichen Moralfexe. Sie berichtet darüber mit ausserordentlich viel Vergnügen und mit einem schmatzenden Böhgen am Detail, weil sie glaubt, dass das grosse Publikum, durch schlechte Beeinflussung verdorben, auf Klatsch noch am ehesten reagiert. Die ganze Campaign gegen Marlene Dietrich soll auf den Einfluss und die Intrigen der Gattin des Filmregisseurs Joseph von Sternberg zurückgehen, unter dessen Regie Frau Dietrich ihre grössten künstlerischen Erfolge errungen hat. Frau Sternberg soll schon seit Wochen die amerikanische Oeffentlichkeit mit Briefen bombardieren, in denen die Künstlerin einer besonders "laxen" Moral bezichtigt wird. Die hochmoralische Dame ist nämlich entsetzlich eifersüchtig auf Marlene Dietrich, der sie vorwirft, mit ihrem Mann in nicht ganz angebrachten Beziehungen zu stehen, eine Behauptung, die sowohl von Frau Dietrich als auch von Herrn Sternberg aufs entschiedenste dementiert wird. Immerhin, die rasende Gattin ist nicht zu beruhigen und so kam es schon bei der Ankunft Marlene Dietrichs in Amerika zu einem höchst peinlichen Zwischenfall. Als die Künstlerin das Land der Freiheitstatue betrat, wurde ihr durch Frau Sternberg ein höchst unerwarteter und unwillkommener Empfang zuteil. Die eifersüchtige Gattin des grossen Regisseurs fiel über Marlene Dietrich her und versuchte, sie vor den Augen der versammelten Empfangsgäste und Reporter links und rechts zu ohrfeigen, wobei sie ihr wüste Beschimpfungen zuschrie. Nur mit Mühe konnte eine hitzige Prügelei zwischen den feindlichen Damen verhindert werden. Nach diesem missglückten Ueberfall begann Frau Sternberg, deren Rachegefühle unbefriedigt geblieben waren, die Zeitungen mit eindeutigen Andeutungen über Marlene Dietrich zu überschütten. Nun ist das Ziel erreicht, Frau Dietrich hat sich "unmöglich" gemacht und muss nach Paris flüchten, weil das sittenstrenge Amerika sich wieder einmal in seiner ganzen Lächerlichkeit zeigt...

+

Das ist amerikanische Zweigroschenmoral, wie sie im Buche steht. Heil USA! Die Sittlichkeit von Hollywood ist gerettet. Nun werden die Edelstatisten in den kleinen Cafés wieder mit den Filmregisseuren der dritten Klasse zusammensitzen und sich gähnend und gelangweilt nach neuen "Skandalffären" umsehen. Denn die hat man in Film=Krähwinkel so nötig wie das liebe Brot! --

+ + +
4 000 betrogene Mieter...

Ein riesiger Hausbesitzer=Skandal in Berlin.

Grosskampftage der Staatsanwaltschaft.

SPD. In Berliner Mieterkreisen rumort es. Seltsame Gerüchte gehen um. Die Staatsanwälte haben aufregende Tage. Zu Dutzenden laufen täglich bei ihnen Betrugsanzeigen ein, die empörte Mieter einzeln oder auch in Gruppen gegen ihre Hauspaschas erstattet haben. Diese Hauspaschas zeigen sich in mannigfacher Gestalt -, manchmal sind es mammothafte Häusertrusts, die ganze Strassenzüge in ihre Hände bekommen haben, manchmal auch nur bescheidene Alleineigentümer, aber alle handeln sie nach der schönen Devise: "Schröpfe die Mieter, bis ihnen die Augen übergehen --".

Geschäftstüchtige Hauspaschas.

Kurz gesagt: die Mieter zahlloser Häuser sind grosszügigsten Schiebungen mit Zentralheizungskohle auf die Spur gekommen. Mehr als 4 000 Mieter sind schwer geschädigt und verlangen auf zivilrechtlichem und strafrechtlichem Wege ihr Recht. Die Sache kam, wie es oft bei ganz genialen Gaunereien passiert, durch einen Zufall ans Licht der Oeffentlichkeit. Ein skeptischer Mieter, der seinem Hauswirt nicht so recht traute, prüfte eines Tages die ihm überlieferte Rechnung für Zentralheizungskohle und fand, dass sie ungewöhnlich hoch war. Er

dividierte und addierte, strich ab und berechnete und war schliesslich zu der Ueberzeugung gelangt, dass die Berechnung um mindestens 50 bis 60 Prozent zu hoch angesetzt war. In der nächsten Mieterversammlung machte der Mann von seiner Entdeckung Mitteilung, die Sache sprach sich rum und nun sassen überall die Mieterausschüsse zusammen und prüften die Rechnungen der geschäftstüchtigen Hauswirte. Was da herauskam, war haarsträubend. Die notleidenden Hauspaschas, denen es ja so schlecht geht, und die mit jedem Pfennig rechnen müssen, haben der Not der Zeit ein Opfer gebracht und zwar das Opfer ihrer Redlichkeit. Die Mieter, denen es so ungemein rosig geht, sollten den schlechten Finanzen der Hausväter wieder auf die Beine helfen! -

Die Rabatte.

Eine Schiebung ist keine Schiebung. Nach diesem, strafrechtlich gesehen, nicht ganz einwandfreien Prinzip, handelten die guten Hausbesitzer und setzten ihren Mietern den Rabatt, den sie als Grossabnehmer von den Kohlenfirmen erhielten, nicht in Rechnung. Da der Rabatt bei den grossen Mengen, die besonders die Häusertrusts fortlaufend abnehmen müssen, recht beträchtlich ist, war die Nebeneinnahme, die man auf diese unreelle Weise erzielte, nicht klein. Es soll Häusertrusts geben, die mit diesem Rabattfischzug ein Vermögen gescheffelt haben. So wird von einem tschechoslowakischen Konzern, der in Berlin 118 Häuser besitzt, erzählt, dass das Geschäft mir den Kohlenrabatten ihm in einen Monat einen Mehrgewinn gebracht hat, der weit in die Tausende geht.

Engros-Hyänen und "Kleinverdiener".

Eine besonders "dufte Nummer", wie der Berliner zu sagen pflegt, ist jedoch ein holländischer Konzern, dem in Berlin nicht weniger als 179 Häuser mit 3 400 Mietern gehören. Der famose Konzern hatte einen Jahresverbrauch von mehr als 160 000 Zentnern Koks und erhielt auf jeden Zentner einen Rabatt von zehn Pfennigen. Mit seinem Schwindelgeschäft hat er also jährlich eine Einnahme von etwa 16 000 Mark erzielt und, da man das schmutzige Geschäft schon seit fünf Jahren betrieb, insgesamt eine Mehreinnahme von 80 000 Mark. Dieser schamlose Betrug auf Kosten der Mieterschaft hat zu einem Regen von Strafanzeigen geführt die von der Staatsanwaltschaft zurzeit geprüft werden. Jedenfalls steht fest, dass die famosen Hausbesitzer -, es befinden sich neben den "lästigen Ausländern" auch sehr viele gutdeutsche "Patrioten", die sich ebenso wenig genierten ihre Mitbürger zu betrügen, wie der holländische und tschechoslowakische Häusertrust, riesige Summen für nichts und wieder nichts einkassiert haben. Auf die Entwicklung dieser beispiellosen Betrugsaffäre kann man sehr gespannt sein; denn es ist leicht möglich, dass es in der Provinz ganz ähnlich aussieht! - - -

+ + +
Ehrenmal in Berlin. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben beschlossen, den Entwurf von Heinrich Tessenow für die Umgestaltung von Schinkels "Neuer Wache" unter den Linden in Berlin als Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges anzunehmen und dem Künstler, der bei dem Wettbewerb mit dem ersten Preise ausgezeichnet war, die Ausführung zu übertragen. Der Entschluss ist beschleunigt worden, weil das Ehrenmal möglichst schon am Totensonntag eingeweiht werden soll. Die Bauarbeiten an der "Neuen Wache" sind in Angriff genommen worden.

+ + +
Sprengstoffattentat auf eine Fabrik. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf die Fabrikgebäude der Firma Klopp in Solingen-Wald ein Sprengstoffanschlag versucht. Von einer Hochspannleitung aus war nach der Karbidanlage der Fabrik ein Draht gezogen worden. Auf diese Weise sollte eine Sprengstoffladung zur Explosion gebracht werden. Anscheinend erfolgte jedoch die Explosion durch Unachtsamkeit des Täters zu früh, sodass der Täter selbst von der Ladung in Stück gerissen wurde. Ein nennenswerter Schaden ist an dem Fabrikgebäude nicht entstanden. Bei der Leiche des Täters wurde ein geladener Armeerevolver gefunden. Die Feststellung seines Namens war bisher noch nicht möglich. Die Unternehmerpresse schlechtet den Vorfall agitatorisch durch den Hinweis aus, dass bei der

Firma ein Teil der Belegschaft streikt und anscheinend ein streikender Arbeiter als Täter in Frage kommt.

+ + +
Ueberfall auf einen Theaterdirektor. In einer Weinstube in dem Berliner Vorort Steglitz kam es in der Nacht zum Mittwoch zu einem Ueberfall einiger Nationalsozialisten auf einige Steglitzer Bürger, bei dem der Theaterdirektor Albert Berthold durch einen Messerstich eine schwere Gesichtsverletzung davontrug. Die Raubbolde hatten sich an einem Tische des Lokals niedergelassen und die übrigen Gäste der Weinstube durch Hetzreden belästigt, Als Berthold auf diese Reden erwiderte, entstand ein heftiger Wortwechsel. Beim Verlassen des Lokals wurde er von den Nationalsozialisten überfallen und erhielt mit einem dolchartigen Messer einen Stich quer über den Mund bis unter das Auge. Berthold erhielt auf der Rettungswache einen Notverband und wurde dann, da sich die Verletzung als nicht allzu schwer erwies, nach seiner Wohnung gebracht. Der von dem Ueberfallkommando festgenommene Messerstecher ist ein 45 Jahre alter Friseur Ernst Töppisch aus Steglitz, ein Mitglied der nationalsozialistischen Partei

+ + +
Auslieferungsvertrag mit Amerika. Die Verhandlungen über einen Auslieferungsvertrag zwischen der Reichsregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten, die seit Monaten geführt werden, stehen unmittelbar vor ihrem Abschluss. Der Vertrag sieht grundsätzlich Gegenseitigkeit für die Auslieferung von Verbrechen vor. Nur politische Delikte werden davon ausgeschlossen, sofern sie sich nicht gegen das Leben anderer Personen gerichtet haben. Der Abschluss des Vertrages soll auf zehn Jahre erfolgen. Er wird voraussichtlich zum ersten Male auf den amerikanischen Juwelenräuber Sandowsky angewendet werden, der in Amerika Juwelen im Werte von 150 000 Dollar gestohlen hatte, und dem es gelungen war, aus der Strafanstalt Sing-Sing auszubrechen und nach Deutschland zu flüchten.

+ + +
Der Säuglingstod in Lübeck. Die Zahl der in Lübeck gestorbenen Säuglinge hat sich inzwischen auf 63 erhöht. 57 Säuglinge sind noch krank.

+ + +
Diebstahl von Kunstgegenständen. In der Wohnung eines Kaufmannes in Berlin-Charlottenburg wurde ein schwerer Einbruch verübt. Den Dieben fielen u.a. wertvolle Gemälde alter Meister in die Hände, darunter zwei Gemälde von Wouvermann. Ferner nahmen sie kostbare Porzellangegegenstände, Schmucksachen, Tafelsilber, Pelze, Kleidungsstücke und Wäsche mit. Der Besitzer beziffert den Wert der Diebesbeute auf annähernd hunderttausend Mark.

+ + +
Seefahrt in einer Tonne. Der Seemann Sörensen aus Nord-Schleswig hat den Grossen Belt zwischen den dänischen Inseln Fünen und Seeland in einer Holztonne überquert. Zur Fortbewegung benutzte er einen selbst erfundenen Apparat, der die Tonne in Drehungen versetzte. Bei seiner Landung in der Nähe von Kalundborg war Sörensen, der annähernd einen ganzen Tag und eine Nacht unterwegs gewesen war, völlig durchnässt und erschöpft.

+ + +
Kinder von Heuschrecken getötet. Im Norden Mesopotamiens sind in den letzten Wochen grosse Heuschreckenschwärme niedergegangen, die in der Landwirtschaft schwere Schäden angerichtet haben. In einem Dorfe in der Nähe von Mossuldrangen die Tiere in Häuser ein, überfielen zwei in der Wiege liegende Säuglinge und begannen, ihnen an allen Stellen des Körpers das Blut auszusaugen. Bevor sie vertrieben werden konnten, waren die beiden Kinder durch den Blutverlust derartig erschöpft, dass sie trotz sofortiger ärztlicher Hilfe starben.



Das Zentrum und die Arbeitslosen.

SPD. Ein gefährliches Thema. Darf man darüber überhaupt noch sprechen? Wenn es dem Zentrum nach geht, nur noch seine Presse, nicht aber mehr die der Sozialdemokratie - trotz geradezu unerhörter Angriffe. Die sozialistische Presse soll ihre Kritik dämpfen. Soll sie auch dazu schweigen, dass die dem Zentrum nahestehenden Presseorgane dreist die Verschlechterung des Arbeitslosenschutzes der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben? Der "Politisch gewerkschaftliche Zeitungsdienst" bringt es fertig, in einem Artikel, in dem er die Stärkung des Regierungsblocks Brünings als Sinn und Zweck des Wahlkampfes hinstellt, mit einfach unüberbietbarer Demagogie über die Sozialdemokratie herzufallen. Er kommt zunächst mit dem faulen Gerede, dass die Bindung der Höhe der Unterstützung an die Dauer der Anwartschaft dem versicherungstechnischen Prinzip der Arbeitslosenversicherung gerecht werde und fährt dann fort: "Wenn darüber hinaus die Regierung die Darlehenspflicht des Reiches auf die Hälfte des Mehrbedarfs beschränkt, dann ist diese Beschränkung eine notwendige Folge der sozialistischen Finanzpolitik des sozialistischen Finanzministers Hilferding. In seiner Amtszeit sind alle Reserven, die vorhanden waren, aufgebraucht, ja zum Teil darüber hinaus Vorschüsse aufgenommen worden, die jetzt dringend zurückgezahlt werden müssen bezw. einzelnen Etats zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn die Regierungsmaschine überhaupt weiter arbeiten soll. Die Arbeitslosen haben sich aber über die mit dieser Bestimmung der Notverordnung zwangsläufig verbundene Kürzung einzelner Leistungen der Arbeitslosenversicherung bei der sozialistischen Regierung Müller-Hilferding und bei der sie stützenden sozialdemokratischen Partei zu bedanken."

Soll die Sozialdemokratie derartige dummdreiste Verleumdungen ruhig einstecken? An der Kürzung der Darlehenspflicht des Reiches auf die Hälfte des Mehrbedarfs der Arbeitslosenversicherung soll die Sozialdemokratie schuld sein! Wenn wir nicht irren, dann war doch der Kampf um die Finanzierung des Arbeitslosenschutzes seit bald zwei Jahren der Mittelpunkt des Ringens um die Neugestaltung der Reichsfinanzen. Um den Arbeitslosenschutz abzubauen, hat die Deutsche Volkspartei dem Kabinett Müller jede sozial erträgliche Finanzreform unmöglich gemacht. Gerade im Kampf der Sozialdemokratie um Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes ist es doch schliesslich zum Bruch der Grossen Koalition und zur Schaffung der Regierung Brüning gekommen. Und da gibt es nun Leute, die in der Sozialdemokratie, die sich gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung stemmte, vorwerfen, sie habe ebendeshalb diese Kürzung verschuldet!

Der Reichskanzler Brüning tutet in das gleiche Horn. In einer Rede vor dem erweiterten Vorstand der Zentrumspartei über "Volk und Staat" erklärte er auf den Vorwurf, seine Regierung sei eine Regierung der Satten: Ich weiss nicht, ob es "satt" ist, wenn man dafür sorgt, die notwendigsten Mittel herbeizuschaffen, damit die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für die Ärmsten der Armen im Laufe des Jahres sichergestellt werden. Die Arbeitslosen sollen sich also noch beim Bürgerblock dafür bedanken, dass sie überhaupt etwas bekommen. Dass ihr Los nicht verbessert werden kann, daran ist - nach Herrn Brüning - wiederum vor allem die Sozialdemokratie schuld. Er verweist in seiner Rede auf England und sagt: Drüben habe die Arbeiterregierung die Konservativen und Liberalen aufgefordert, mit ihr gemeinsam darüber nachzuden-

ken, wie man die Arbeitslosen finanziell durchhalten könne. "Hätte es nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gelegen", so fragt Herr Brüning, "dass auch die Sozialdemokratie in dieser Form zur Mitarbeit bereit gewesen wäre?"

Der Hinweis des Reichskanzlers auf England ist unvorsichtig. Jawohl, auch in England steigt die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen in Grossbritannien beträgt zur Zeit rund 2 Millionen. Aber was geschieht in England? Drüben wird der Arbeitslosenschutz nicht abgebaut, sondern ausgebaut und verbessert. In Deutschland hat man jetzt durch Notverordnungen den jugendlichen Arbeitslosen die Unterstützung so gut wie genommen. In England ist eine Verbesserung des Arbeitslosenschutzes für die Jugendlichen eingetreten. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom Jahre 1930 sieht vor, dass das Mindestalter für die Inanspruchnahme der Versicherung das Schulentlassungsalter sein soll, wenn und sobald es auf das 15. Lebensjahr erhöht worden ist. Gegenwärtig ist das 14. Lebensjahr das Schulentlassungsalter. Die Arbeiterregierung schlägt vor, es vom 1. April 1931 an mit dem 15. Lebensjahr zu erhöhen. In England wird die Dauerbegrenzung der Arbeitslosenunterstützung eingeschränkt; ebenso werden die Anwartschaftsbedingungen abgeschwächt. Bei uns ist das Gegenteil der Fall. Die Notverordnung kürzt die Unterstützung bereits, wenn vor der Arbeitslosmeldung nicht mindestens 52 Wochen einer versicherungspflichtigen Beschäftigung vorliegen. In England ist vor kurzem der von der Arbeiterregierung vorgelegte Etat in dritter Lesung angenommen worden. Von diesem Etat heisst es, er sei in der englischen Geschichte ohne Vorbild hinsichtlich seiner scharfen Besteuerung der besitzenden Klasse. Dieser Etat sei ein Klassenetat zu Gunsten der arbeitenden Massen und der Verbraucher. Will etwa der Reichskanzler seine Notverordnungen mit diesem Etat vergleichen? In England werden die besitzenden Schichten sehr kräftig zur Lastentragung herangezogen, nicht zuletzt im Interesse der Arbeitslosen, in Deutschland geschieht unter der Führung des Zentrums das Gegenteil. Und dann kommt Herr Brüning und will ausgerechnet mit einem Hinweis auf die britische Arbeiterregierung die deutschen Sozialdemokraten zurechtweisen.

SPD. Die Reichsbahn hat der Öffentlichkeit ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mitgeteilt. Die Rechtspresse bringt die Mitteilungen unter der dicken Überschrift "Die Reichsbahn schafft Arbeit". Der grosse Lärm ist wenig angebracht, denn noch immer besteht keine Klarheit darüber, ob es sich bei den vorgesehenen Arbeiten um zusätzliche Arbeiten handelt oder nicht. Noch immer kann man nicht klar erkennen, ob die Reichsbahn nun wenigstens jetzt bereit ist, die Arbeitsämter darüber zu unterrichten, wo und wie sich ihre Aufträge auf dem Arbeitsmarkt auswirken sollen und ob sie mit den Arbeitsämtern in der Arbeitsbeschaffung zusammenarbeiten will. So lange diese Fragen nicht geklärt sind, besteht kein Anlass, der Reichsbahngesellschaft grosses Lob zu spenden.

SPD. Im Arbeitskonflikt der Berliner Metallindustrie ist bis jetzt keine wesentliche Änderung der Situation eingetreten. Zur Eindämmung des Konfliktes hat das Reichsarbeitsministerium am Mittwoch einen ersten Schritt unternommen. Es hat die Angestelltenverbände zu einer Besprechung geladen, die am späten Nachmittag begann. Irgend ein Resultat dieser Besprechung liegt zur Stunde noch nicht vor.



Die neue Kartellverordnung.

Von Fritz Naphtali.

SPD. Unter den Notverordnungen Hindenburg-Brüning stellt die verschärfte Kartellverordnung eine Ueberraschung dar. Solange der Reichstag lebte, hat die Regierung sorgsam verschwiegen, dass sie sich die sozialdemokratische Forderung nach Ausgestaltung der Instrumente zur Kontrolle der monopolistischen Machtstellungen in der Wirtschaft zu eigen macht. Wir haben so oft und so eindringlich dargelegt, dass wir Massnahmen zur Senkung überhöhter Kartell- und Monopolpreise als ein Mittel zur Linderung der Wirtschaftskrise betrachten und dass wir die Kartellverordnung von 1923, die das Schwergewicht der Entscheidung an das dafür ungeeignete Kartellgericht verlegte, für nicht ausreichend halten, um dieses wirtschaftspolitische Ziel zu erreichen. Heute können wir mit Genugtuung feststellen, dass die Regierung Brüning diesen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften seit langem vertretenen Gedanken aufgreift.

Warum aber war zur Zeit der parlamentarischen Regierung von diesem Plan keine Rede? Man hätte doch aus den Parteien, die in der Regierung Brüning vertreten sind, und der Sozialdemokratie sehr gut eine Mehrheit für eine verschärfte Kontrolle erhalten können. Aber man schwieg diskret von diesem Plan. Ob dies aus Angst vor den industriellen Interessenvertretern in den Regierungsparteien geschah oder ob der Gedanke, auf diesem Gebiet etwas zu tun, überhaupt erst ein Produkt der Wahlangst ist, also vor der Auflösung auch nicht verraten werden konnte, mag dahin gestellt bleiben. Wir freuen uns der grundsätzlichen Anerkennung einer von uns vertretenen wirtschaftspolitischen Anschauung in dieser Notverordnung, aber wir können nicht finden, dass der Zweck die Mittel heiligt, d.h. wir können nicht anerkennen, dass die verfassungsmässigen Voraussetzungen für den Erlass einer Verordnung auf Grund des Artikel 48 vorliegen. Wenn ein Gesetzentwurf im Sinne der jetzt erlassenen Verordnung vorgelegt worden wäre, so hätte die Sozialdemokratie um eine Verbesserung gekämpft - denn die Verordnung ist richtig im Grundgedanken, aber unzulänglich in der Ausführung (es fehlt das unseres Erachtens für die wirksame Durchführung notwendige besondere Kontrollamt, es fehlt der Registerzwang u.a.) - sie hätte seine Annahme aber sicherlich auch dann unterstützt, wenn nicht alle ihre Verbesserungsvorschläge angenommen worden wären. Denn ein Schritt vorwärts ist uns immer lieber als das fatale Nichtstun auf diesem Gebiete, zu dem sich bisher die bürgerlichen Parteien im Gegensatz zur Sozialdemokratie bekannt haben. Trotz unseres Widerspruchs gegen die Art des Erlasses dieser Verordnung wünschen wir deshalb auch jetzt, dass sie nicht als ein Produkt des Wahltheaters auf dem Papier stehen bleibe, sondern dass sie wirksam werden möge. Die Regierung Brüning muss ihren neuen Glauben auf diesem Gebiet (dessen wir uns als Frucht unserer Propaganda freuen dürfen) durch Taten beweisen. Das würde der deutschen Wirtschaft nützen, die Ueberwindung der Krise, der Massenarbeitslosigkeit erleichtern.

Der Schwerpunkt der neuen Verordnung liegt darin, dass die Entscheidung über die Untersagung von Kartellverträgen und Kartellbeschlüssen und die Gewährung des Rücktrittrechts der Parteien von Verträgen, die dem Gemeinwohl abträglich sind, nun ganz in der Hand der Reichsregierung liegt und vom Kartellgericht unabhängig gemacht wird. Dazu tritt die Ermächtigung zu Zollauf-

aufhebungen, bzw. Zollherabsetzungen, was in vielen Fällen geeignet sein kann, durch frischen Luftzug der Auslandskonkurrent den Missbrauch monopolistischer Machtstellungen zu verhüten. Auf Grund der Verordnung kann auch gegen die Festsetzung der sehr zahlreichen übermäßigen Preisspannen beim Verkauf von Markenartikeln vorgegangen werden. Weiter ergibt sich die Möglichkeit gegen lockere Preisverabredungen unter wenigen Unternehmungen oder Konzernen vorzugehen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um formale Kartelle handelt.

Ob mit diesen geschärften Waffen wirksam gegen überhöhte Monopolpreise vorgegangen wird, ist natürlich in erster Linie eine Frage des Willens und der Entschlusskraft der Reichsregierung. In zweiter Linie allerdings auch eine Frage der gründlichen Durchleuchtung und Erkenntnis der wirtschaftlichen Tatbestände. Wenn hier der § 3 der Verordnung als Sollvorschrift (also nicht bindend als Mussvorschrift) die Anhörung der beteiligten Wirtschaftskreise und die gutachtliche Stellungnahme des vorläufigen Reichswirtschaftsrats vorsieht, so kommt es entscheidend darauf an, dass aus dieser Anhörung von "Beteiligten" nicht eine Hemmung wirksamer Schritte durch Interessenten wird. Wir glauben schon, dass die Kartellstelle des Reichswirtschaftsministeriums über zahlreiche Kenntnisse verfügt, auf Grund deren eingeschritten werden könnte. Aber bisher sind diese Kenntnisse immer sehr diskret behandelt worden und deshalb unfruchtbar geblieben. Deshalb glauben wir, dass auf die Dauer ein besonderes Monopolkontrollamt zur Durchleuchtung der Verhältnisse und zur Vorentscheidung der eingreifenden Regierungshandlungen, ein Amt, in dem neben den Beamten die Vertreter der Wirtschaft aus dem Unternehmer- und dem Arbeiterlager, aus den Produzenten- und den Konsumentenorganisationen mitwirken, unentbehrlich sein wird. Aber wir wollen heute nicht Einzelkritik an den Mängeln der mangelhaft entstandenen Verordnung üben, sondern zunächst jetzt die Forderung an die Regierung Brüning stellen: Hic Rhodus, hic salta. (Hier ist Rhodus, hier springe.) Du hast Dir, Regierung Brüning, ausserparlamentarisch Dein Instrument zur Bekämpfung des Monopolmissbrauchs selbst geschaffen nun zeige, dass es nicht der Theaterdonner für einen Wahlkampf ist, dem dieses Instrument dienen soll, sondern dass mit ihm Taten zu Gunsten der Ueberwindung der Wirtschaftskrise vollbracht werden können. Wir haben Gebiete, auf denen durch Eingriffe, sei es durch Untersagung, sei es durch Zollaufhebungen, vorgegangen werden muss, schon oft aufgezeigt. Wir erinnern z.B. an Eisen und Zement, an Linoleum und Markenartikel etc., und wir werden es an weiterer Materiallieferung nicht fehlen lassen. Nachdem die Regierung Brüning den Grundsatz von der Sozialdemokratie übernommen hat, hoffen wir, dass sie auch in seiner Durchführung bereit sein wird, von den sozialdemokratischen Vorarbeiten zu profitieren.

Wenn die Reichsregierung nicht nur in den Wahlwochen, sondern dauernd die scharfe Bekämpfung monopolistischer Preisstellungen als eine entscheidende Frage der deutschen Wirtschaftspolitik ansieht, dann müsste sie folgerichtig die Wahlparole ausgeben: Wählt am 14. September Liste 1. (Sozialdemokraten). Denn die Sozialdemokratie ist die einzige zuverlässige, vom Einfluss von Kartellinteressenten freie Partei, die stets für die Durchführung ihrer Forderung einer scharfen Kontrolle gegen private Monopole zu Gunsten der Gesamtwirtschaft eintreten wird. Soviel Konsequenz erwarten wir allerdings von der Regierung Brüning nicht. Aber wir hoffen, dass sie mit der grundsätzlichen Uebernahme unserer Monopolkontrollforderung in ihr Verordnungswerk dazu beigetragen hat, den Wählern die Augen zu öffnen. Für Gemeinwirtschaftspolitik gegen Interessentenwucher, das bedeutet am Wahltag: Für die Sozialdemokratie, gegen den Besitzbürgerblock!

SPD. Die süddeutschen Eisenpreise werden ab 1. August um durchschnittlich 2 Mark pro Tonne erhöht. Dadurch vermehrt sich die Komödie der Eisenpreissenkung um einen recht interessanten Akt. Wir empfehlen ihn der Regierung

Brüning-Schiele, die hier Gelegenheit hat, vor aller Welt zu zeigen, ob es ihr mit der durch die Notverordnung erfolgten Verschärfung des Kartellgesetzes wirklich ernst ist.

Um die süddeutsche Eisenpreiserhöhung ist seit mehreren Wochen hartnäckig zwischen dem Handel und den Verarbeitern gekämpft worden. Anfangs wurde von dem Handel sogar eine Erhöhung der Preise um 7 bis 9 Mark gefordert. Der Handel begründet seine Forderungen mit den teuren Lagerkosten. Diese teuren Lagerkosten sind ein Kapitel für sich und zwar liegen die Dinge so, dass der süddeutsche Eisenhandel stark übersetzt ist. Rund 2 000 Firmen kämpfen um den Markt; je mehr sich der Absatz einschränkt, desto mehr drängt der Handel auf eine Erhöhung der Gewinnspannen. Es ist die alte Geschichte, die wir auch in anderen Industrien erleben. Die teuren Lagerkosten, die der Handel für die Eisenpreiserhöhung in Süddeutschland ins Feld führt, sind nichts anderes als eine Folge unwirtschaftlicher Uebersetzung in der Warenverteilung. Dass man in Süddeutschland mit der Eisenpreiserhöhung weniger wirklichen, nicht zu beseitigenden Unkostenfaktoren Rechnung trägt, und durchaus eine Erhöhung der Gewinnspanne für die Händler bezweckt, dürfte wohl am besten daraus hervorgehen, dass sich der süddeutsche Handel schon vor längerer Zeit entschlossen hat, sogenannte Gemeinschaftsläger einzurichten. Soweit dieses geschehen ist, oder noch geschehen wird, ergibt sich unzweifelhaft ein Mittel, die Lagerkosten zu drücken. Der Grund, mit dem man also die süddeutsche Eisenpreiserhöhung zu rechtfertigen versucht, besteht also gar nicht mehr oder nur noch für Handelskreise, die eben nicht rationalisieren können oder nicht wollen und für die es nur volkswirtschaftlich von Nutzen wäre, wenn sie verschwinden. Die Eisenpreiserhöhung ab 1. August ist aber nur geeignet, diese volkswirtschaftlich nicht wünschenswerten Existenzen weiter zu halten.

Andererseits spielen in dem süddeutschen Eisenstreit kartellpolitische Dinge hinein. Früher war es in Süddeutschland so, dass neben dem Eisen aus dem Saarrevier (Neunkirchen) Eisen aus Westfalen (Oberhausen) bezogen wurde. Dieses westfälische Eisen, sogenanntes Wassereisen, ging auf dem Wasserweg nach Süddeutschland, und war billiger als das Eisen von der Saar. Hier ist mit der Neugründung der Eisenverbände eine Aenderung eingetreten. Die westfälischen Werke sind verpflichtet, kein Eisen nach Süddeutschland zu liefern. Die Saarwerke erhalten damit für Süddeutschland ein Monopol. Den süddeutschen Maschinenfabriken usw. wird also durch das Eisenkartell ein höherer Eisenpreis auferlegt. Sie könnten aus Westfalen billigeres Eisen haben, müssen sich aber nach Lage der Dinge dem Kartelldiktat fügen und den teureren Eisenpreis schlucken. Wir glauben, dass dieser Tatbestand genügt, um die Regierung zu veranlassen, von den durch die Notverordnung verschärften Kartellbestimmungen Gebrauch zu machen. Es genügt eine bloße Verordnung der Regierung, um den skandalösen Zustand zu beseitigen, dass man für ein grosses Wirtschaftsgebiet unnötigerweise das Eisen verteuert, während man sich andererseits mit den Eisenpreissenkung brüstet.

An sich lässt sich über die vorgenommene Eisenpreiserhöhung sagen, dass sie mehr und mehr hinter der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt zurückbleibt. Die in Deutschland vorgenommene Eisenpreissenkung steht in gar keinem Verhältnis zu den Preissenkungen, wie sie sich in den letzten Wochen auf den ausländischen Märkten vollzogen haben. Dadurch wird natürlich die eisenverarbeitende Industrie in Deutschland betroffen und zwar in einer Zeit, in der man alles tun sollte, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie usw. zu fördern. Nun gewährt die Eisenindustrie an die eisenverarbeitenden Industrien Rückvergütungen (Avisätze). Diese Avisätze haben den Zweck, die Preisdifferenzen zwischen inländischem und ausländischem Eisen auszugleichen. Jetzt sind die Avisätze für den Monat August neu festgesetzt worden. Man muss sagen, dass sie dem Sturz der Eisenpreise im Ausland nicht Rechnung tragen. Sätze für wichtige Eisensorten sind unverändert geblieben. Bei anderen Sorten sind die Rückvergütungen nur in unzulänglicher Weise erhöht worden. So wurde z.B. die Rückvergütung für Stabeisen, dessen Preis stark

gefallen ist, nur von 32 auf 36 Mark pro Tonne heraufgesetzt, was der wirklichen Preisdifferenz nicht Rechnung trägt. Die Eisenindustrie kann sich nun darauf berufen, dass der Festsetzung der Rückvergütungen immer eine Periode von mehreren Wochen zugrunde gelegt wird und dass bei der Festsetzung der Rückvergütungen für den Monat August noch die alten verhältnismässig höheren Preise berücksichtigt worden sind. Damit kann man eine Massnahme formal rechtfertigen, nicht aber die Tatsache, dass man hier versäumt, durch eine durchaus mögliche Eisenpreissenkung die Wirtschaft zu beleben. Angesichts der Lage auf den Welteisenmärkten kann man auch ohne Zweifel mit weilersinkenden Preisen rechnen. Man hätte also ohne grosses Risiko die gegenwärtig niedrigeren Preise der Berechnung der Rückvergütungen zugrunde legen können. Das hat man aber nicht getan. So sieht der gute Wille der Eisenindustrie in punkto Preissenkung aus.

SPD. Der Reichsverband der Automobilindustrie erlässt einen "Appell an die Kraftfahrer für die Reichstagswahlen" und man muss schon sagen, dass dieser Appell begründet ist. In ihm wird u.a. ausgeführt:

"Das Gesamtaufkommen, das der Kraftverkehr im laufenden Jahr an Steuern, Treibstoffzöllen usw. aufzubringen hat, beläuft sich auf die ungeheuerliche Summe von 450 Millionen Mark. Sonst gilt bei Steuern und Zöllen, dass man Produktionsmittel nicht versteuern dürfe. Die Kraftstoffe unserer Automobile sind Produktionsmittel ersten Ranges. Sie waren schon mit 50 oder 60 Millionen Mark Zoll im Jahre belastet. In den letzten Wochen hat man eine "Zollaufstockung" vorgenommen, welche den Kraftstoff um 5 Pfennige je Liter verteuert und die deutsche Kraftfahrt, welche 2 Milliarden Liter Kraftstoff im Jahr verbraucht, also mit 100 Millionen Mark neuer Jahressteuer belastet hat. Diese neue Kraftstoffsteuer ist dazu unsozial im übelsten Sinne. Sie belastet alle arbeitenden Kraftfahrzeuge wie Lastkraftwagen, Automobile von Geschäftsreisenden, Autobusse usw. ganz unverhältnismässig stark und schont einzig und allein den Luxuskraftverkehr der Sonntagsfahrer. Ja, sie scheut sich nicht einmal, die ärmsten aller deutschen Kraftfahrer, die bisher steuerfreien Kleinkraftradler, zu belasten. Und das Geld dafür erhält nicht etwa der Wegebau - es fliesst in die unergründlichen Kassen des Fiskus. Ebenfalls in den letzten Wochen ist aber ein noch schlimmeres Stück geleistet worden, der Spritbeimischungszwang. Weil infolge masslos übersteigter Monopolpreise weniger Schnaps getrunken wird, wird die Monopolverwaltung ihren Alkohol nicht los. Unter dem Vorgeben, der deutschen Landwirtschaft zu helfen, werden jetzt alle Kraftstoffe um 1,5 Pfennige je Liter, also um 30 Millionen Mark im Jahr versteuert, - obwohl nur ein ganz kleiner Teil der Kraftstoffe mit Alkohol gemischt wird und obwohl angeblich dieser Alkohol nur zum kleinsten Teil von der Landwirtschaft, in der Hauptsache vielmehr von den - notleidenden? - Papierfabriken (Sulfitspiritus) geliefert wird. Natürlich wird von den 30 Millionen Mark im Jahr die Landwirtschaft nur einen sehr bescheidenen Bruchteil erhalten und auch nicht die Landwirtschaft schlechthin, sondern einige wenige Grossbetriebe, die Interesse an einer besseren Ausnutzung ihrer Brennanlagen haben. Dafür besteht aber der unglaubliche Zustand, dass ohne Befragung des Reichstages dieser Spiritusbeimischungszwang, oder auf gut deutsch, diese Sonderbesteuerung des Kraftfahrwesens zugunsten des Schnapsmonopols, beliebig erhöht werden kann. Schon jetzt muss der deutsche Kraftfahrer das Liter Alkohol, das er meist nicht einmal bekommt, mit 80 Pfennigen bezahlen - während es nur für höchstens 30 Pfennige Kilometerleistung enthält. Es muss im Interesse der Allgemeinheit des deutschen Volkes gefordert werden, dass diese Schnapssteuer auf Autokraftstoffe, welche an die schlimmsten Massnahmen der Zwangswirtschaft erinnert, verschwindet. Es muss gefordert werden, dass die Erträge der Kraftstoffzölle und Inlandsabgaben für den Wegebau verwendet werden. Das deutsche Volk muss, will und wird kraftfahren. Und bei den Reichstags

wahlversammlungen jetzt, da wird wohl stets irgendein kraftfahrender Mann oder eine kraftfahrende Frau aus dem deutschen Volke aufstehen und an den Kandidaten die Frage richten: "Wie stellen Sie und Ihre politische Partei sich zur deutschen Kraftfahrt?"

Wir hoffen, dass von dieser Aufforderung recht fleissig Gebrauch gemacht wird. Wird diese Frage wahrheitsgemäss beantwortet, dann kommen die deutschen Kraftfahrer und Kraftfahrerinnen nicht in die Verlegenheit, ihre Stimme den in der Regierung Brüning-Schiele vertretenen Parteien und den Deutschnationalen zu geben, die für die wirtschaftsfeindliche Belastung des Kraftverkehrs verantwortlich sind.

SPD. Die Reichsregierung hat jetzt den Reichswirtschaftsrat in aller Form in die Preissenkungsaktion eingeschaltet. Sie ist nach der Notverordnung nicht dazu verpflichtet; sie will aber den Reichswirtschaftsrat gutachtlich hören und zwar hat sie zu diesem Zweck folgende Fragen ausgearbeitet:

1. Ueberwiegen bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage die volkswirtschaftlichen Nachteile von Preisbindungen deren Vorteile für die Gesamtwirtschaft derart, dass es notwendig erscheint, bis zu Ueberwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten oder anstelle der Preisbindungen nur unverbindliche Richtpreise zuzulassen? Welche besonderen Gesichtspunkte ergeben sich dabei auf den Gebieten a) der Produktion, einschliesslich des Leistungsgewerbes, b) des Grosshandels, c) des Einzelhandels?

2. Emphiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, a) die Preisbindungen auf solchen Gebieten aufzuheben, auf denen preisgebundene Unternehmungen unter dem Drucke der allgemeinen Wirtschaftslage oder ihrer besonderer Betriebsverhältnisse die festgesetzten Preise unter Umgehung der Bindungen nicht einhalten, b) in einzelnen Fällen die Bindung auf unangemessen hohe (volkswirtschaftlich nicht berechnete) Preise und Preisspannen aufzuheben? Wie kann das Vorliegen unangemessen hoher Preise im einzelnen Falle zutreffend ermittelt werden?

3. Emphiehlt es sich, soweit eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder nicht möglich ist, die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe, also z.B. von Angehörigen des Einzelhandels durch Produzenten oder Grosshandel aufzuheben? Ist dies insbesondere mit Rücksicht auf die Preisbindung bei sogenannten Markenartikeln angezeigt?

Aus der Fragenstellung kann man sich ein Bild über die Absichten der Reichsregierung machen. Sie gibt vor, das bestehende Preisdiktat der Kartelle usw. allgemein durch Richtpreise ersetzen zu wollen. Wir fürchten, dass damit das Kind nur einen anderen Namen bekommt und am Kartellwucher sonst nichts geändert wird. Allem Anschein nach ist es der Regierung mit der allgemeinen Aufhebung von Preisbindungen aber noch nicht einmal ernst; wenigstens kann man das aus der weiteren Fragenstellung vermuten, wonach, falls eine allgemeine Aufhebung von Preisbindungen nicht notwendig oder möglich ist, Preisbindungen nur auf solchen Gebieten aufgehoben werden, wo sie faktisch nicht mehr bestehen. Man hat hier deutlich das Gefühl, dass die Regierung die Verantwortung auf den Reichswirtschaftsrat abwälzen will. Damit würden sich die schwärzesten Befürchtungen, dass die Interessenten im Reichswirtschaftsrat die ganze Aktion totreden, bewahrheiten. Nach dieser Richtung weist auch die andere Frage nach dem Vorliegen von Kartellwucher. Das Material dafür ist doch umfangreich genug. Die Regierung kann hier unmöglich in Verlegenheit kommen. Weshalb wird der Reichswirtschaftsrat in einer dringlichen und eiligen Angelegenheit mit überflüssigen Fragen belästigt? Weshalb verliert man kostbare Zeit? Im übrigen wird der Preiswucher bei den Markenartikeln in den Mittelpunkt gerückt und es scheint so, als ob man dem Publikum bis zu den Wahlen Theaterdonner vormachen will, ohne die Dinge an der Wurzel des Übels anzufassen.

SPD. Die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG), die die städtischen Betriebe Berlins umfasst, weist für ihr erstes Betriebsjahr einen Ueberschuss von rund 12 Millionen Mark aus. Bei der nicht befriedigenden Lage des Unternehmens wird dieses Ergebnis sicherlich überraschen. Bilanz und Ertragsrechnung geben Anhaltspunkte dafür, dass man damit kaum der tatsächlichen Situation entsprechen hat.

Diese Situation ist beängstigend und nicht ohne politischen Beigeschmack. Schon weil an der Spitze der PVI u.a. Sozialdemokraten stehen, hat man die Entwicklung bei der BVG agitatorisch missbraucht. Die Dinge liegen nun so, dass die Bilanz der BVG bei einem Aktienkapital von 400 Millionen Mark 68,5 Millionen Mark langfristige Schulden, 107,5 Millionen Mark (davon 59,8 Millionen Mark kurzfristig) Schulden an die Stadt Berlin, 92,1 Millionen Mark Schulden bei Banken und 60,8 Millionen Mark Kreditoren, anscheinend auch sehr kurzfristig, aufweist. Woher ist diese Anspannung gekommen? Sie entstand durch die Untergrundbahnbauten der Stadt Berlin. Die Gerechtigkeit erfordert es, hier festzustellen, dass diese Untergrundbahnbauten kein Programm der BVG sind sondern ein Programm der Stadt Berlin. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat mit den Stimmen aller Parteien dieses Untergrundbahnbauprogramm beschlossen. Sie kann sich heute darauf berufen, dass es galt, in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit Arbeit zu beschaffen. Sie kann auf die Anforderungen des Verkehrs verweisen, denen Genüge getan werden musste. Sie kann aber nicht ungeschehen machen, dass dieses Bauprogramm unsolide finanziert worden ist und dass sich die Folgen jetzt in einem bedenklichen Verhältnis der langfristigen zu der kurzfristigen Verschuldung darstellen. Dass die Bilanz der BVG durch die kurzfristige Verschuldung bedenklich belastet wird, ist nun Schuld der Beratungsstelle, die die notwendige Umwandlung der kurzfristigen Schuld in langfristige Anleihen verhinderte. Die Verwaltung der B.V.G. hat alles getan, die Lage zu meistern; sie ist selbst vor einer empfindlichen Fahrpreiserhöhung, die sich nicht in gewünschtem Masse ausgewirkt hat, nicht zurückgeschreckt. Sie kann es aber nicht verhindern, dass die Schulden der BVG, wenn die Kosten der neuesten Bahnbauten hinzukommen, auf etwa 600 Millionen Mark anwachsen werden.

Dem gegenüber stehen für das Jahr 1929 Einnahmen von etwa 210 Millionen Mark, Betriebskosten erforderten 155,3 Millionen, Erneuerungen und Abschreibungen 22,8 Millionen und Zinsen der langfristigen Anleihen und sonstigen Schulden 11,6 Millionen Mark. So ergibt sich der ebenerwähnte Überschuss von 12 Millionen Mark, den wir mit dem besten Willen nicht als echt ansprechen können.

Selbstverständlich hat die Krise die Entwicklung bei der BVG ungünstig beeinflusst. Die Arbeitslosigkeit kostet allein einen Ausfall von 40 bis 50 000 Mark pro Tag. Ausserdem hat man in der Entlassung von Arbeitern, die in einem Privatbetrieb ohne Zweifel rücksichtslos erfolgt wäre, weitgehende Beschränkung geübt, was angesichts der Arbeitsmarktlage in Berlin durchaus zu verantworten ist. Aber auch bei einer Besserung der Einnahmen durch eine bessere Konjunktur und durch ein besseres Preissystem bleibt die Tatsache bestehen, dass selbst bei Anspannung aller Mittel die Verzinsung nur schwer aufgebracht werden kann. Das dürfte für heute oder morgen gehen, aber nicht für immer. So ergeben sich Notwendigkeiten einer radikalen Sanierung, wobei nicht nur die Stadt Berlin, sondern auch die privaten Gläubiger Opfer zu bringen haben werden.

SPD. Der Export der nordamerikanischen Autoindustrie ist in den ersten 5 Monaten des Jahres 1930 um 42% zurückgegangen. Das entspricht einer Verminderung der Ausfuhr von etwa 300 Millionen Dollar in derselben Zeit des Vorjahres auf 175 Millionen. Die Belieferung der ausländischen Montagewerkstätten verminderte sich von 8,6 auf 5,6 Millionen Dollar.

Interesse für baldige Lieferungen.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Juli)

SPD. Der Berliner Produktenbörse lag am Mittwoch nur kleines Angebot an Weizen und Roggen vor. Für baldige Lieferungen zeigte sich Kaufinteresse, so dass am Markte der Zeitgeschäfte die Notierungen für den laufenden Monat sich befestigen konnten. Spätere Sichten lagen dagegen unter dem Druck des unbefriedigenden Mehlabsatzes und der schwachen Auslandsmeldungen. In prompter Ware war die Umstättztätigkeit bei stetiger Preislage gering. Für Mehl beider Sorten bestand wenig Kauflust. Hafer hatte etwas freundlichere Tendenz. Für feine Qualitäten in Sommer- und Wintergerste bestand etwas Kauflust.

	29. Juli (ab märkische Station in Mark)	30. Juli
Weizen	-	-
Roggen	158 - 161	158 - 161
Braigerste	-	-
Futter- und Industriergerste	174 - 197	174 - 197
Hafer	176 - 183	178 - 185
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75 - 39,25	31,75 - 39,00
Roggenmehl	22,50 - 25,40	22,50 - 25,25
Weizenkleie	10,00 - 10,50	9,75 - 10,40
Roggenkleie	10,00 - 10,60	9,75 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 291 - 293 (Vortag 289 $\frac{1}{2}$), September 260-259 (260 $\frac{1}{2}$), Oktober 261-262 (262), Dezember 267 $\frac{1}{2}$ -269 (269). Roggen Juli 177 (175 $\frac{1}{2}$), September 174-174 $\frac{1}{2}$ (174 $\frac{1}{2}$), Oktober 179-180 (179), Dezember 188 (188). Hafer Juli 189 $\frac{1}{2}$ (188), September 181 $\frac{1}{2}$ plus Geld (181), Oktober 186 $\frac{1}{2}$ plus Geld (-), Dezember 191 - 191 $\frac{1}{2}$ Geld (198 $\frac{3}{4}$).

SPD. Die Provinz Hannover hat mit der Thüringer Gesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, der die Versorgung der Provinz mit Ferngas vorsieht. Zur Durchführung des Vertrages ist bereits eine Aktiengesellschaft gegründet worden; dem Aufsichtsrat dieser Gesellschaft gehört der Landeshauptmann Dr. v. Campe an.

Die Thüringer Gesellschaft hat in letzter Zeit durch ihre Verbindungen mit amerikanischen Finanzkreisen von sich reden gemacht, die auf eine Ver-schacherung der mitteldeutschen Kraftwirtschaft an die Amerikaner hinauslaufen. In diesem Zusammenhang erhalten die Vorgänge in Hannover erst ihre Bedeutung. Für den Vertragsabschluss liegen, soweit die Provinz Hannover in Frage kommt, keine wirtschaftlichen Gründe vor. Auch hat man den Provinzialausschuss in dieser ganzen Angelegenheit überhaupt nicht gefragt. Anscheinend hat man sich die Ferienzeit ausgewählt, um den Provinzialausschuss ausschalten zu können.

SPD. Eine nordamerikanische Bankengruppe hat für die Sächsischen Werke eine Anleihe in Höhe von 40 Millionen Mark aufgelegt. Der Ausgabepreis beträgt 97,5%.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S · P · D

Berlin, den 30. Juli 1930

Ferienzeit in Amerika.^x

SPD. Der Nationalfeiertag der Amerikaner am 4. Juli wird mit einem Jubel und einem Pomp begangen, von dem wir uns, im Vergleich mit unserm, nur vom demokratischen Teile der Bevölkerung wirklich gefeierten Verfassungstage, keine Vorstellung machen können. An diesem Tage fallen alle strengen Regeln der puritanischen Konvention. Man tanzt auf der Strasse, schießt Raketen in die Luft, und auch der Umsatz der "Speakeasies" (Geheimwirtschaften) soll am 4. Juli stärker als gewöhnlich sein.

Nach diesem allgemeinen Rummel, der durch alle Bevölkerungsschichten geht setzt die grosse Ruhe in den Städten ein. In New York beginnen die unerträglichen Hundstage. In den Strassen zwischen den Wolkenkratzern dampft der Asphalt und Icecream=Läden und Softdrinks=Stände machen Rekordumsatz.

Wem es irgend möglich ist, der geht in die grossen Ferien, die oft bis zum Labor Day Anfang September dauern. In den beiden Monaten Juli und August, in dieser Periode von rund acht Wochen herrscht in der Geschäftswelt allgemeine Ruhe. Von der knappen, übrig gebliebenen Kundschaft wird auch nur das Notwendigste gekauft. In dieser Zeit wird vielmehr das Programm und die Propaganda für die Herbst- und Wintersaison entworfen. Aber auch für diejenigen, die infolge dieser Arbeit keinen längeren Urlaub nehmen konnten, wurde ein kleiner Ersatz geschaffen, indem man während der Sommermonate in den Warenhäusern die Fünftageswoche einführt. So wurde wenigstens ein Ausspannen und ein Entrinnen von der Gluthitze der Städte während des Wochenendes möglich gemacht. Viele reiche Bewohner der City von New York ziehen es sogar vor, auch Abends nach Geschäftsschluss weit hinaus an die See zu fahren. Oft ist dazu eine mehrstündige Fahrt notwendig, die jedoch gern ertragen wird, um dadurch eine angenehme, kühle Nachtruhe zu haben, während in den Steinquadern der Innenstadt die Glut immer sitzen bleibt. Am Meeresufer und am Rande der Seen und Flüsse steht ein Sommerhäuschen neben dem anderen, das nur der Mann während der Arbeitszeit verlässt. Frau und Kinder bleiben draussen, denn auch die Schulen haben mehrere Monate geschlossen.

Wer es jedoch irgend einrichten kann, der fährt mit seinem Auto hinaus in "Country", aufs Land. Je nach der verfügbaren Zeit und der Grösse des Geldbeutels richtet man seine Tour ein. Wer billig leben will, der schleppt sein Hausgerät und ein grosses Wohnzelt mit und kann irgendwo in der weiteren Umgebung genau so billig leben wie in der Stadt. Viele Leute durchziehen auf diese Art den ganzen Kontinent von Ost nach West, vom Atlantischen bis zum Pazifischen Ozean und wieder zurück. Erleichtert wird das durch die überall eingerichteten Tourist Camps. Eine Reihe kleiner Holzhäuser, Warenstände und Benzinstationen bilden zusammen einen kleinen Ort für sich, der am Rande jeder grösseren Stadt und in landschaftlich schönen und viel besuchten Gegenden in regelmässigen Abständen an der Landstrasse liegen. Für 50 Cent oder einen Dollar kann man sich eine vollständig eingerichtete Hütte für eine Nacht mieten, in der nicht nur ein eingerichtetes Schlafzimmer ist, sondern sogar oft noch Küche und Bad sich befinden. Das Auto gibt man Abends ab und kann es am nächsten Morgen vollständig nachgesehen und geschmiert wieder abholen.

Daneben aber werden noch wirkliche "Camps", d.h. Zeltlager von Vereinen,

Gesellschaften und religiösen Sekten veranstaltet. Diesen Zusammenkünften fällt sogar noch eine grössere Bedeutung zu, da sie meist mit erzieherischen und bildenden Zwecken verbunden werden. Man lernt zusammen; vor allem wird ungeheuer viel geredet, daneben aber auch gesungen, getanzt und schliesslich auch aller möglicher Unfug getrieben. Der zurückhaltende und misstrauische Städter ist nicht mehr wiederzuerkennen. Wie Kinder laufen und tollen sie alle herum, meist in demselben grünen, leinenen Ueberanzug, der Frauen und Männer gleich gut kleidet. Selbst die sonst so stark gewahrte gesellschaftliche Trennung wird hier über den Haufen geworfen. Da liegt und spielt der Arbeiter mit dem Professor und die junge Angestellte mit einem Geschäftsinhaber. Nur die ganz Reichen schliessen sich davon aus. Ihr Eldorado ist Europa. Wer im Winter in den Salons von sich reden machen will und von seiner Sommerreise erzählt, der muss mindestens den halben europäischen Kontinent durchfahren haben und alle grossen Hauptstädte kennen. Glücklicher freilich als diese snobistischen Globetrotter sind die einfachen amerikanischen Arbeiter und Angestellten, die, für kurze Zeit von ihrer Fron erlöst, sich ganz der Freiheit und Schönheit dieser Tage hingeben. Sie stellen den Hauptanteil an den allgemein zugänglichen Camps und Touristenstädten.

Den Abschluss dieser Art, um deren Geist und deren Möglichkeit überhaupt wir Amerika mehr bewundern sollten als von allen technischen Fortschritt, bildet der Labor Day. Diesem Tage ist der letzte grosse Autoausflug geweiht. Dieser Montag zu Beginn der grossen Winterspanne, an dem alle Geschäfte und Schulen geschlossen sind, ist der Würdigung der schaffenden Arbeit geweiht. Er gleicht sicher nicht unserem ersten Mai. Aber es ist immerhin eine Anerkennung, diesen in Amerika sicher noch als viel wertvoller betrachteten Arbeitstag dem ehrenden Gedanken aller arbeitenden Kräfte zu opfern.

Mit diesem Zeitpunkt werden die meisten Fahrten und Ferientouren beendet, mit neuer Kraft kann neue Winterarbeit beginnen.

Karl Möller.

Die Bergstrasse.^x

SPD. Man baut diese Bergstrasse aus Luxus. In einer der schönsten und berühmtesten Szenerien der italienischen Alpen, am Ufer eines dunkelblauen Bergsees, Meter für Meter dem Fels abzwingend. Sie führt augenblicklich bis in einen kleinen romantischen Ort, der schon von den Fremden entdeckt worden ist. Anderthalb Wegstunden weiterliegt die Siedlung der Arbeiter. Einige armselige Hütten waren es ursprünglich, am Fusse eines Gebirgspasses. Und das letzte Wirtshaus war hier für den, der bergwärts wanderte. Jetzt stehen starre Steinbaracken da, mit kleinen quadratischen Fenstern. Darin hausen sie.

Man baut diese Strasse aus Luxus. Für die grossen Tourenwagen der Fremden, die vom Norden kommen, aus Ländern mit einer stärkeren Valuta. Die wirtschaftliche Bedeutung der Strasse ist gering. Für Handel und Verkehr genügt die Dampfverbindung.

An dieser Strasse arbeiten 350 Arbeiter. Ausserdem sind eine Anzahl Monteure da. Und einige junge Männer mit Sportmützen und schicken Knickerbockers (wenn auch nur aus "Manchester"): die Aufseher. Die technische Leitung haben zwei Ingenieure, die in hübschen rotlackierten Automobilen die Gegend und die Herzen der Mädchen unsicher machen. Die Arbeiterschaft besteht aus ehemaligen Sträflingen, die noch unter polizeilicher Aufsicht stehen, und Arbeitslosen aus allen Gegenden Italiens. Da sind bronzefarbene Sizilianer, harte Veroneser, rundliche Neapolitaner. Alle Dialekte der Apenninenhalbinsel sind vertreten. Auch Leute aus der Umgegend arbeiten mit. Familienväter, die die Landarbeit allein nicht nährt, 8 Lire Tageslohn (4.50 M) sind besser als nichts.

Tagsüber wird gehackt, geschaufelt, gepflastert. Gegen Abend dröhnen die Sprengschüsse über den See und geben von den Felswänden des anderen Ufers vielfaches Echo. Und die Frauen und Kinder in all den kleinen Orten am See lauseherband, Nachts wird dann Steingeröll aus den Tunnels geschafft und mit Lories in den See gekippt, Kalk mit seltsamen Versteinerungen von Fischen und Riesen-schneckenhäusern, gelbbraunes Urgestein und körniger roter Marmor, der nicht edel genug ist, um verarbeitet zu werden. Nachtschicht wird nicht anders als Tagschicht bezahlt.

Manchmal zieht ein Leichenzug durch die engen Gassen des kleinen Ortes, der schon die Fremden entdeckt haben, hinauf zur Kirche die hundert Stufen, abends, wenn sanft der Mond über dem Berge steht, Gespenstisch flackern die Kerzen im Winde und zeichnen hüpfende Schatten auf die Gewänder der Priester und auf die breiten roten Schulterkragen der Kompanie des Allerheiligsten. Die Weiber plärren ihre Litanei. Und 349 Strassenarbeiter folgen langsam, als schleppten sie Felsblöcke auf ihren Schultern, dem schwarz und silbern verhangenen Sarge und murmeln dumpf das Kyrie eleison. Sie starren in ihre Kerzen und merken nicht, dass das Wachs über ihre schwieligen Fäuste rinnt. Wen wird es als nächstes treffen? Kyrie eleison....

Am nächsten Morgen tritt ein Neuer an.

In dem kleinen Wirtshaus, dem letzten für den, der bergwärts wanderte, ist jetzt ein Vorrat an billigem Wein, der in Fünzigliterballons gehandelt wird, an Brauselimonade und Bier, das hier für besonders vornehm gilt. In dem kleinen Wirtshaus ist Betrieb. Karten werden auf den Tisch geklatscht. Plötzlich Krakehl. Ein Stuhl wird umgestossen. Ein Messer blitzt auf. Ein Kerl fällt um wie ein Baum, mit dem Todesgebrüll eines Stiers. Stille. Dann bricht der Sturm los. Schon klirren die Fahrradklingeln der Carabinieri. Der Messerstecher wird abgeführt. Der andere kommt ins Spital, zu den frommen Schwestern. "Ist er tot?" fragt der Gefesselte den Jungen in der feinen Carabinieri-Uniform.

"Nein, er lebt noch."

"Schade..."

"Warum?"

"Nun wird er mich umbringen, wenn ich aus dem Kittchen komme...."

Einmal kam ich spät abends aus den Bergen an das Wirtshaus, todmüde, zer-schlagen. Ich trat ein und stand geblendet. Ueberall Licht, improvisierte Leuchtungen, vielkerzige Glühbirnen. Man will doch nicht im Dunkeln sitzen, zum Donner! Und lange Tafeln mit strahlend weissen Tischtüchern. In sauberen, blitz-blanken Tellern dampft die rotgoldene Gemüsesuppe. In dicken Gläsern leuchtet der Wein. Wüste, unheimliche Gesellen sitzen neben braunen Burschen mit offenen, ehrlichen Gesichtern. Ich weiss nicht, was mehr fungelt: der Wein in ihren Gläsern oder ihre schwarzen Augen. Im Kamin prasseln die Holzscheite, und Essengeruch erfüllt den niedrigen Raum.

Ich nehme ihren Wein. Ich bin im Augenblick von ihnen umgeben, befragt, bestürzt. Man ist höflich, witzig, oh, man ist weit herumgekommen! Englische, französische, deutsche Brocken schwirren auf mich ein.

"Auk isch war Daidschland. In Stuggard. Vor Krieg. Verdienen serr vill Geld. Daidche vill gut..."

"Il est encore cinq kilomètres à M...."

Ja, es waren noch fünf Kilometer bis in mein Dorf. Und ich fühlte mich nach den Anstrengungen der Wanderung unfähig, sie zu gehen. Hier in den Baracken zu übernachten, war unmöglich. Schon springen drei kräftige Burschen auf und bieten mir gegen mässiges Entgelt ein Boot. Die Fahrt geht durch die Nacht. Die Riesen ächzen. Gleichwohl wird gesungen und geschwätzt. In einer Stunde ist der Ort erreicht. Wir trennen uns.

Ich bin schon auf dem Heimweg, da ruft es durchs Dunkel hinter mir her. Einer der Burschen kommt und bringt mir - den Photographenapparat, den ich im Boot vergessen hatte, - -

"Niemand verlässt die Baracke!"

Zwei Carabinieri stehen an der Tür; zwei visitieren. Was ist geschehen? Ein junger Kerl steht zitternd neben den Polizisten. Ihm laufen die Tränen über das magere Gesicht. Seine gesamten Ersparnisse sind ihm gestohlen worden. Ein halbes Jahr hatte er gedurft, nicht an den weissgedeckten Tischen gesessen, Tag und Nacht Schicht gemacht. Noch einige Monate wollte er arbeiten wie ein Vieh, um dann in der Heimat einen kleinen Handel anfangen zu können. Und nun war alles hin. Die eiserne Kassetten des Aufsehers, dem er sein Geld anvertraut hatte, war erbrochen. Seine Augen betteln. Jeden einzelnen scheinen sie zu fragen: "Hast du's?" - Es ist ein jämmerlicher Anblick.

Einer gesteht. "Ich dachte doch nicht, dass es sein Ersparnis wäre. Ich hielt es für die Lohnkasse..."

Im Kanal unter der Strasse, mit Schotter bedeckt, hatte er's verborgen. Vollzählig, auf Heller und Pfennig. - -

In der Umgegend wird eingebrochen. Ist es ein Einzelner oder eine Bande? Niemand weiss etwas Näheres. Natürlich heisst es: die Strassenarbeiter...

Das Haus, in dem ich wohne, liegt abseits. Ich bin verantwortlich für das, was man mir überlassen hat. Und meine einzige Waffe ist - eine Schere.

Ich kaufe mir einen Revolver, melde ihn bei der Polizei an.

"Wozu?"

"Ich fürchte einen Einbruch."

"Wieso?"

"Die Strassenarbeiter... Sechszwanzig stehen unter polizeilicher Kontrolle..."

"Die Strassenarbeiter?" Der Junge in der feinen Carabinieri-Uniform schüttelt den Kopf. "Das sind alles gute Kerle..."

Eine Woche später wurde der Einbrecher gestellt. Es war ein Fremder, ein Kunsttischler.

Thea Reimann.

Erste Hilfe für Kinobesucher.^x

Von John K. Newnham (London)

SPD. Ins Kino zu gehen, ist garnicht so einfach. Nicht mehr als zehn Prozent von all den Millionen Kinobesuchern sind mit den notwendigen Regeln vertraut, sodass neunzig Prozent dieser Leute nicht auf ihre Rechnung kommen. Erst nach jahrelanger Erfahrung erlernt man das ABC des Kinobesuches. Ein offizieller Führer besteht noch nicht. Bis heute ist jedermann auf sich selbst angewiesen.

Ich habe nun die Absicht, da Wandel zu schaffen. Ich hoffe, in Bälde eine Schule für Kinobesucher eröffnen zu können. Gegen mässiges Honorar wird jeder in wenigen Stunden erlernen können, wie man bei einem Kinobesuch auf seine Rechnung kommt. Keiner meiner Schüler wird fürderhin sagen können, dass der Kinobesitzer ihn hereingelegt hat, oder dass die Filmindustrie ein Schwindel vom Anfang bis zum Ende ist. Ein Ende ist nämlich nicht abzusehen...

Ein paar Lektionen.

Für den Gebrauch der Leser dieses Blattes will ich hier einige Winke geben. Bitte die Notizbücher zur Hand zu nehmen!

Die wichtigste Kunst ist die des Lesens der Ankündigungen. Ein Ungeübter kann aus ihnen nichts entnehmen.

Beginnen wir mit dem Sprechfilm! Der Durchschnittskinobesucher wird die Ankündigung "Sprechfilm" vor dem Kino lesen und sofort sich zu dem Schlusse verleiten lassen, dass drinnen ein richtiggehender Sprechfilm vorgeführt wird. Welch ein Irrtum! Bevor wir nicht überall Riesenankündigungen des Wortlauts "Hundertprozentiger Sprech- und Tonfilm" oder "Der erste wirkliche Sprechfilm"

sehen; können wir nicht sicher sein, wieviel und ob überhaupt in dem Film gesprochen wird.

"Synchronisiert" bedeutet, dass der Kinobesitzer einen stummen Film zeigt, aber sein Orchester hinter der Leinwand versteckt hat. Der Kinobesucher, der einen farbigen Film sehen will, hat auf ähnliche Zeichen zu achten. "Prächtige Szenen in natürlichen Farben" bedeutet, dass einige Ballettszenen koloriert worden sind. "Herrlicher Farbenfilm" besagt, dass man einige Tanzszenen durch eine Art von farbigem Schleier undeutlich gemacht hat.

Die Ankündigungen "Grosser Erfolg der Saison" sind glücklicherweise im Aussterben begriffen. Aber ein paar Kinobesucher kleben noch immer diese Plakate vor ihrem Theater an. In der Regel besagen sie überhaupt nichts, weil die Kinobesitzer diese Ankündigungen bereits, bevor der Film irgendwo aufgeführt worden ist, befestigen. Wenn nach ein paar Tagen eine Ankündigung "Der gewaltigste Erfolg" vor dem Kino zu sehen ist, dann kann man ruhig annehmen, dass es sich um ausgemachten Kitsch handelt, den niemand sehen will, und dass der Kinobesitzer auf diese Weise einige Leute anlocken will. Ein Schild "Ausverkauft" ist das einzig sichere Zeichen dafür, dass ein Film Erfolg hat. "Für eine weitere Woche prolongiert!" bedeutet, dass der Kinobesitzer den Film von Anfang an für zwei oder drei Wochen gemietet hat. "Erst- und Alleinaufführung" besagt, dass der Film erst in der nächsten Woche ins benachbarte Kino kommt.

Eine Ankündigung, die Zeitungskritiken zitiert, zum Beispiel: "Ein wunderbarer Film... packendes Thema... Darstellung... Photographie... X.Y. in der Z.-Zeitung", ist wahrscheinlich auf eine Besprechung folgenden Wortlauts zurückzuführen: "Ein wunderbares Beispiel dafür, wie schlecht ein Film sein kann. Ein packendes Thema wurde durch schlechte Darstellung, elende Photographie und dilettantische Regie vollkommen entwertet."

(Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Englischen von Leo Korten).

Sternschnuppenfälle im August.^x

SPD. Wer hat nicht schon an klaren Abenden jene leuchtenden Funken gesehen, die plötzlich am Himmel auftauchen, eine kürzere oder längere feurige Bahn beschreiben und lautlos wieder im Dunkel verschwinden. "Sternschnuppen!" rufen wir dann unwillkürlich aus, und mancher, der einen Wunsch auf dem Herzen hat, wird ihn wohl in Gedanken aussprechen; soll doch solch ein Wunsch nach altem Volksglauben in Erfüllung gehen. Leider kümmern sich die Sternschnuppen herzlich wenig um die Wünsche der Menschen. Sie sind aber deshalb nicht weniger wunderbar; haben sie doch mehr von der Welt gesehen als der Weitgereiste von uns.

Es sind Boten aus dem Weltenraum, Weltenwanderer, die vielleicht schon seit Jahrmillionen durch die Tiefen des Raumes reisten, an fernen Sonnen, Sternhaufen und Planeten vorbei, bis sie nach langer Wanderung endlich eine Ruhestatt auf unserer Erde fanden. Sie dringen, wie uns die Wissenschaft lehrt, mit der ungeheuren Geschwindigkeit bis zu 70 km in der Sekunde in die Erdatmosphäre ein und reiben sich durch diese Schnelligkeit an der Luft glühend. Während die kleinen Stücke als Sternschnuppen aufleuchten und verpuffen, fallen die grösseren, die sogenannten Feuerkugeln und Meteore, unter hellen Lichterscheinungen und häufig mit heftigem Geknatter explodierend in Form eines Steinregens zur Erde.

Lange hat es gedauert, ehe der Gedanke Raum gewann, dass diese Himmelsprojekte nicht Gebilde unserer Erde sind, sondern aus dem Universum zu uns kommen. Noch vor hundert Jahren war in keinen astronomischen Buche etwas Neues darüber zu finden. Die Gelehrten gingen vorsichtig und ängstlich um die

se Frage herum. Als im Jahre 1790 ein wahrer Steinregen über den Ort Juillac in Frankreich niederging und die Stadtverwaltung einen ausführlichen Bericht mit Unterschriften von hunderten von Augenzeugen an die Pariser Akademie der Wissenschaften sandte, erklärte eines der berühmtesten Mitglieder der Akademie, es wäre traurig, dass es in diesen aufgeklärten Zeiten so viele Menschen und sogar Bürgermeister gäbe, die ernsthaft den Unsinn glauben, es könnten Steine vom Himmel fallen.

Der deutsche Physiker Chladni war der erste, der schon 1794 trotz der skeptischen gelehrten Zeitgenossen mit seiner ganzen Autorität dafür eintrat, dass diese "Weltspäne" dem Himmelsraume entstammen. Wir wissen heute, dass die Sternschnuppen und Meteore Weltrümmer sind, von denen man in der Hauptsache zwei Arten unterscheidet: die Eisenmeteore und die Steinmeteore. Die einen bestehen aus Eisen und Nickel, die anderen aus Tonerde, Magnetkies, Magnesia, Kieselerde usw., alles Stoffe, die man auch in den irdischen Gesteinen antrifft und ein Beweis dafür sind, dass auf den fernen Gestirnen die gleichen Gesetze des Aufbaus herrschen wie auf unserer Erdenwelt.

In den Monaten August und November kann man besonders viele Sternschnuppen am Himmel wahrnehmen, und wer genau aufpasst, kann die Entdeckung machen, dass z.B. die Sternschnuppen im November alle von einem ganz bestimmten Punkte am Himmel ausstrahlen. Diese Stelle liegt im Sternbilde des Löwen, und deshalb werden diese leuchtenden Funken in der Astronomie die "Leoniden" genannt. Ebenso ist es bei den Auguststernschnuppen, deren Ausstrahlungspunkt im Sternbilde des Perseus liegt, und die darum die "Perseiden" genannt werden. Durch komplizierte Berechnungen wurde nun festgestellt, dass die Perseiden-Sternschnuppen, diese riesige Ansammlung winziger Weltrümmer, eine ungeheure Bahn um die Sonne beschreiben, die noch unendlich weit über den Neptun, den vorletzten Planeten, hinausreicht. Der hervorragende Astronom Schiaparelli machte zum ersten Male darauf aufmerksam, dass die Bahn der Perseiden die gleiche ist wie jene, in der der Komet, der zuletzt im Jahre 1862 erschien, wandelt. Bei beiden beträgt die Umlaufszeit um die Sonne ungefähr 110 Jahre. Ähnlich verhält es sich bei den Sternschnuppen, die in der Zeit vom 12. bis 15. November fallen. Man vermutete nun mit Recht, dass irgendein Zusammenhang zwischen Sternschnuppen und Kometen bestehen müsse. Diese Vermutung wurde insofern bestätigt, als man eine regelrechte Auflösung einiger Kometen am Himmel direkt beobachten konnte. Bei der Annäherung an die Sonne gehen gewaltige Umwälzungen im Kern des Kometen vor sich, die zuweilen zu einem vollständigen Zerfall des Kometen führen. Die unzähligen Trümmer zerstreuen sich dann über die ganze weite Kometenbahn. Kreuzt nun die Erde auf ihrem Wege um die Sonne diese Bahn, dann fährt sie in die Sternschnuppen-Ansammlung wie eine Geschützkugel in einen Mückenschwarm, und unseren Augen wird ein prächtiger Funkenregen sichtbar.

Ein Teil dieser Rätsel ist bis heute gelöst. Wir wissen, dass die vagabundierenden Kometen und die flüchtigen Meteore uns Nachrichten aus den fernsten Fernen bringen und uns die Beschaffenheit und den Aufbau anderer Weltkörper mitteilen. Und wenn wir in den Tagen um den 10. August herum wieder Gelegenheit haben werden, besonders viele Sternschnuppen am Himmel beobachten zu können, dann wollen wir an die weite Reise dieser himmlischen Wandervögel denken und den leuchtenden Boten aus den fernen Sternennräumen auf unserm Heimatstern ein herzliches "Willkommen" wünschen.--

Erich Krug.

Der Alpensee.^x

SPD. Mit blassen Träumerauge sieht mich der Bergsee an. Auf dem Grunde seines Blickes schwimmen heimliche Gedanken, die fischschnell durch seinen gläsernen Kristall huschen. Die Erde hat einen klaren und tiefen Blick. Sie

schaut aus dem Grunde zum endlosen Himmel empor, dessen Wolken sich in ihrem Auge spiegeln.

Ein Sonnenstreifen flittert über die helle Fläche hin. Jetzt färben sich die Ränder dunkelgrün. Ein leises Wehen überrascht die Scheibe des Sees. Ins Violette sprühen die zarten Wellen, die sich hilflos wie Kinderhände am Ufer emporrecken - und wieder zurückfallen in ihre klare Durchsichtigkeit.

Akelei blüht am Ufer. Minze duftet. Lavendel haucht. Enzian entfaltet sich scheu.

Könnte nicht jetzt ein weisses Reh aus dem Walde treten? Eine Jungfrau auf seinem Rücken, die behende herabspringt und ihre Schultern im blauen Wasser netzt? Wie ein Geschmeide rollen die Wasserperlen von ihrem Nacken. So steht sie in Sonne und Flut.

Oder das Auge des Sees sprüht einen Funken hoch, der die Sonne überstrahlt und wie ein silberner Vogel emporschwirrt, blitzend über die dunklen Waldkrone schwingt und singt und tönt, bis er zerstiebt in Myriaden Tautropfen.

Bergsee, tiefklarer! durchbebt und durchrudert von Millionen fleissiger Füsschen! Seekäfer, zuckend und winzig, selbst ein Funken Sonne...

Bergsee, verträumter! durchzittert vom pulsenden Blute der Bäume an seinem Ufer!

Eine grosse braune Kuh naht sich mit Glockengebimmel. Sie stapft wie ein Philosoph daher. Sie kennt den Zweck des Erdenlebens - den Wert der Dinge. Und während sie am Ufer entlang Wiesenblumen abrupt, legt sie mit einem Male ihr breites, zufriedenes Maul auf das Wasser und schlürft.

Das Auge des Sees lacht heimlich, mitleidig und verzeihend. - - -

Walter Meckauer.

SPD. Zwei "glückliche" Finder.^x Vor genau zwei Jahren fanden zwei Eisenbahnarbeiter in der Nähe des französischen Dorfes Thionville zwei Steinkrüge. Die Leute erstatteten keine Meldung über ihren Fund, sondern verkauften das "olle Zeug" an eine Frau Bruine für zweitausend Franken. Die Frau verkaufte die antiken Krüge an einen Pariser Antiquitätenhändler für zehntausend Franken weiter. Und der Trödler bot die Schätze aus der Steinzeit der Direktion des British Museum in London an. Die sie nach einigem Handeln für die Kleinigkeit von einer Million erwarb. Die elsass-lothringische Eisenbahnverwaltung erfuhr von diesem dicken Geschäft. Gegen London konnte man nichts mehr unternehmen. Gegen den Pariser Händler auch kaum. Und eine Anzeige gegen Frau Bruine wäre wohl gleichfalls zwecklos gewesen. Man erstattete also Anzeige gegen die beiden Arbeiter wegen Unterschlagung. Und die zwei Dummen, die vor zwei Jahren zwei Millionenobjekte für zwei Tausender verplempert hatten, wurden - stilgemässerweise! - zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

SPD. Ein Vogelnest aus Stahl.^x Die Vögel bedienen sich zum Nestbau oft des eigenartigsten Baumaterials, wie Fischknochen, Holz- und Metallstückchen usw. Dass aber ein Vogelpaar sein Nest vollständig aus Stahl aufbaut, dürfte doch nicht alle Tage vorkommen. In einem Orte in der Nähe von Genf, wo sich viele Uhrenfabriken befinden, konnte man beobachten, dass ein Bachstelzenpaar blinkende Gegenstände aus einem Abfallhaufen eifrig zum Nestbau forttrug. Die Vögel wurden weiter beobachtet, und es stellte sich heraus, dass sie von dem Abfall der Uhrenfabriken haarfeine Stahlspäne auflasen und aus diesen fast ihr ganzes Nest aufbauten. Nach dem Ausfliegen der jungen Brut wurde das seltsame Nest entfernt und dem Genfer Museum übergeben.